

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 3. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 18.03.2021:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 2. Sitzung des Kreistages am 01.12.2020	Anerkannt	
2.	Umbesetzungen/Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien		
2.1.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.02.2021: Neubesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss	89/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 8
2.2.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 22.02.2021: Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen	90/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 8
2.3.	Antrag der GRÜNEN-Kreistagsfraktion vom 21.01.2021: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	91/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 9
2.4.	Gremienbesetzung der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat; Vertreter/in des Rhein-Sieg-Kreises in der Nachfolge für die Stadt Bonn	92/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 11
2.5.	Nachwahl für den Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde	93/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 11
2.6.	Inklusions-Fachbeirat; hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	94/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
2.7.	Bestimmung von Mitgliedern der Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk für das Verbreitungsgebiet der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises e.V.	95/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
2.8.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 09.03.2021: Umbesetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus	96/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
2.9.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.03.2021: Nachbesetzung in Ausschüssen	97/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
3.	Gemeinsame Resolution der CDU-, SPD-, GRÜNEN- und FDP-Kreistagsfraktion vom 12.02.2021: Resolution zur Sicherstellung der wohnortnahen Geburtshilfe im RSK und im Kreis Neuwied	98/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 14
3.1.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 05.03.2021: Testmöglichkeiten vor Sitzungen	99/21 Zustimmung	einstimmig, E. Dr. Fleck, Seite 15

4.	Fortschreibung Nahverkehrsplan		
4.1.	Buskonzept Bad Honnef	100/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 15
4.2.	Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes an Samstagen	101/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 16
5.	Haushalt 2021/2022		
5.1.	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2021/2022	Zu: 1. Kenntnisnahme 2. 102/21 Zustimmung 3. 103/21 Zustimmung 4. 104/21 Zustimmung 5. 105/21 Zustimmung	 einstimmig, Seite 17 MB./ SPD, LINKE, Seite 17 MB./ SPD, LINKE, Seite 17 einstimmig, Seite 17
5.2.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2021/2022 mit Haushaltsplan und Anlagen	106/21 Zustimmung	MB./ SPD, LINKE, AfD, Enth. Dr. Fleck, Seite 18
5.3.	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Amtlichen Stellenplanes 2021/2022	107/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
6.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Euskirchen zur Sicherstellung kreisgrenzen-überschreitender Verkehrsleistungen	108/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
7.	Erlass einer kreiseigenen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Neubau von öffentlich geförderten Wohnraum	109/21 Zustimmung	einstimmig, Enth. LINKE, Seite 19
8.	Feststellung der Gültigkeit der Kreiswahlen 2020		
8.1.	Feststellung der Gültigkeit der Landratswahl am 13.09.2020	110/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 20
8.2.	Feststellung der Gültigkeit der Kreistagswahl am 13.09.2020	111/21 Zustimmung	einstimmig, Seite 20
9.	Mitteilungen und Anfragen		

Nichtöffentlicher Teil			
10.	Einzahlung in die Kapitalrücklage der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB)	112/21 Ablehnung	MB./ SPD, FDP; 1 Enth. Frau G. Becker (SPD) Seite 61
11.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 3. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am
18.03.2021:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:00 Uhr
Ort der Sitzung: Rhein-Sieg-Halle, Siegburg
Datum der Einladung: 03.03.2021
Einladungsnachtrag vom: 10.03.2021

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Karl-Heinz Baumanns
Herr Jürgen Becker
Frau Renate Becker-Steinhauer
Herr Dirk Beutel
Herr Dr. Torsten Bieber
Frau Brigitte Donie
Herr Hans-Joachim Ewald
Herr Christoph Fiévet
Herr Björn Franken
Herr Uwe Fröhling
Herr Franz Gasper
Herr Dr. Josef Griese
Frau Monika Grünewald
Frau Sabrina Gutsche
Frau Hildegard Helmes
Herr Dano Himmelrath
Frau Elisabeth Keuenhof
Herr Marcus Kitz
Herr Oliver Krauß
Frau Gabriele Kretschmer
Herr Joachim Köhlwetter
Frau Notburga Kunert
Frau Stefanie Orefice
Frau Daniela Ratajczak
Herr Ralf Richard
Herr Oliver Roth
Herr Matthias Schmitz
Herr Christian Sieberg
Herr Michael Solf
Herr Michael Söllheim

Herr Andreas Sonntag
Frau Jessica Thielen
Herr Frank Uhland
Herr Florian Westerhausen

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
Frau Michaela Balansky
Herr Horst Becker
Frau Nina Droppelmann
Frau Manuela-Franziska Gardeweg
Frau Pauline Gödecke
Herr Christian Gunkel
Herr Wolfgang Haacke
Herr Sven Kraatz
Frau Tarja Helena Palonen-Heiße
Herr Dr. Richard Ralfs
Frau Sabine Riedl
Herr Michael Schroerlücke
Frau Jasmin Sowa-Holderbaum
Herr Ingo Steiner
Herr Karl-Otto Stiefelhagen
Herr Wilhelm Windhuis
Herr Erkan Zorlu

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Gisela Becker
Herr Heinz Dähmlow
Frau Gabriele Jaax
Herr Ömer Kirli
Frau Ute Krupp
Herr Paul Lägel
Herr Tobias Leuning
Frau Nicole Männig-Güney
Frau Cornelia Mazur-Flöer
Hanna Nora Meyer
Frau Tatjana Ortman
Herr Anna Peters
Frau Katja Ruiters
Herr Nils Suchetzki
Herr Dietmar Tandler
Herr Achim Tüttenberg
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Gudrun Brönstrup
Herr Alexander Hildebrandt
Herr Christian Koch
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Frau Jana Rentzsch

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Rainer Lanzerath

Herr Heinz Gernot Schäfer

Herr Bernhard Schindler

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Frau Katharina Blank

Herr Frank Kemper

Frau Michael Otter

Kreistagsabgeordnete PIRATEN

Herr Wolf Roth

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Schrifführer

Herr Dirk Kassel

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Gerlinde Neuhoff

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Heike Borowski

Kreistagsabgeordnete FUW

Frau Silke Josten-Schneider

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Dr. Edward von Schlesinger

Vertreter der Verwaltung:

Frau Udelhoven

Herr Grünhage

Herr Schwarz

Frau Waibel

Pressestelle:

Frau Lorenz

Kreistagsbüro:

Herr Dahm

Frau Rellecke

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Der Landrat eröffnete die 3. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden.

Dann gedachte er zusammen mit den Mitgliedern des Kreistages dem in der Nacht vom 15.03. auf den 16.03.2021 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Jürgen Schulz.

Anschließend teilte der Landrat mit, dass Abg. Michael Otter anstelle der ausgeschiedenen Abg. Stephanie Kemper als Listennachfolger für die LINKE-Fraktion in den Kreistag gezogen sei. Zudem seien die Kreistagsmitglieder Katharina Blank, Gudrun Brönstrup noch zu verpflichten und er trug folgenden Verpflichtungstext vor, den die Kreistagsabgeordneten nachsprachen:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

Dann nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 03.03.2021, den Nachtrag vom 10.03.2021, die Nachsendung vom 15.03.2021 und die Tischvorlage 1 vom 18.03.2021.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, den Antrag der SPD Kreistagsfraktion „Nachbesetzung von Ausschüssen“ unter TOP 2.9 zu beraten.

B.-Nr.
88/20

Der Kreistag stimmt der o. g. Änderung der Tagesordnung zu.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Der Landrat fragte, ob es weitere Wünsche zur Tagesordnung gebe. Dies war nicht der Fall.

Er stellt fest, dass Einvernehmen über die geänderte Tagesordnung bestünde.

Dann stellte er den neuen Mitarbeiter des Kreistagsbüros, Herrn Daniel Dahm, dem Gremium vor.

Anschließend teilte er mit, die Fraktionsvorsitzenden hätten sich darauf verständigt, auf die Haushaltsreden in der heutigen Sitzung aufgrund der Corona-Pandemie zu verzichten. Abg. Dr. Fleck werde sich dem anschließen. Die Haushaltsreden würden der Niederschrift der Sitzung beigelegt.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 2. Sitzung des Kreistages am 01.12.2020	
---	--	--

Hierzu lagen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Umbesetzungen/Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

2.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.02.2021: Neubesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
89/21

Der Kreistag beschließt nachfolgende Nachbesetzung:

Rechnungsprüfungsausschuss

Frederic Quink wird für den ausgeschiedenen Benedikt Bungarten ordentlicher SKB.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 22.02.2021: Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
90/21

Der Kreistag beschließt nachfolgende Nachbesetzung:

Rechnungsprüfungsausschuss

Der KTA Rainer Lanzerath wird für den ausgeschiedenen Michael Köppinger zum neuen Vertreter bestellt.

Ausschuss für Personal und Gleichstellung

Herr Roland Sauer wird als SKB für den ausgeschiedenen Michael Köppinger zum neuen Vertreter bestellt.

Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung

Herr Edgar Lenzen wird als SKB für den ausgeschiedenen Michael Köppinger zum neuen Mitglied bestellt

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft

Herr Roland Sauer wird als SKB zum neuen Vertreter benannt. Irmhild Boßdorf ist nicht weiter Vertreter für diesen Ausschuss

Ausschuss für Inklusion und Gesundheit

Herr Roland Sauer wird als SKB zum neuen Vertreter benannt. Herr Helmut Fischbach wird als SKB für den ausgeschiedenen Michael Köppinger zum neuen Mitglied bestellt.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus
Herr Ralf von den Bergen wird als SKB zum Mitglied benannt.
Der KTA Rainer Lanzerath wird zum Vertreter benannt.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

2.3	Antrag der GRÜNEN-Kreistagsfraktion vom 21.01.2021: Um- setzung von Ausschüssen und Gremien	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

**B.-Nr.
91/21**

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen:

In den Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung wird als ordentliches Mitglied

- Günter Piéla anstelle von Dr. Richard Ralfs berufen.
- Peer Groß anstelle von Michael Schroerlücke berufen.

In den Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung wird als stellvertretendes Mitglied

- Edgar Hauer berufen.
- Sandra Otto berufen.

In den Ausschuss für Soziales und Integration wird als stellvertretendes Mitglied

- Peer Groß berufen.
- Gabi Deussen-Dopstadt berufen.

In den Bau- und Vergabeausschuss wird als stellvertretendes Mitglied

- Klaus Knein berufen.
- Thomas Peter berufen.

In den Finanzausschuss wird als stellvertretendes Mitglied Berthold Rothe berufen.

In den Ausschuss für Kultur und Sport wird als ordentliches Mitglied

- Anja Moersch anstelle von Wolf Roth berufen.
- Nada Catic anstelle von Ingo Steiner berufen.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

In den Ausschuss für Planung und Verkehr wird als stellvertretendes Mitglied

- Sascha Essig berufen.
- Berthold Rothe berufen.
- Dr. Sonia Teimann berufen.
- Patrick Brumm berufen.

In den Rechnungsprüfungsausschuss wird als stellvertretendes Mitglied

- Leo Müller berufen.
- Klaus Knein berufen.

In den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit wird als ordentliches Mitglied

Thomas Möws anstelle von Sven Kraatz berufen.

In den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit wird als stellvertretendes Mitglied

- Reiner Albrecht berufen.
- Gabi Deussen-Dopstadt berufen.

In den Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz wird als ordentliches Mitglied

- Nada Catic anstelle von Wilhelm Windhuis berufen.
- Hardy Kreutz anstelle von Michaela Balansky berufen.
- Patrick Rada anstelle von Horst Becker berufen.

In den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft wird als ordentliches Mitglied

- Dr. Arnd Kuhn anstelle von Pauline Gödecke berufen.
- Brigitte Kemnitz anstelle von Jasmin Sowa-Holderbaum berufen.
- Sandra Otto anstelle von Horst Becker berufen.

In den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft wird als stellvertretendes Mitglied

- Berthold Rothe berufen.
- Horst Becker berufen.
- Dr. Volker Schütte berufen.

In den Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus wird als ordentliches Mitglied

-Martin Zieroth anstelle von Wolf Roth berufen.

In den Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus wird als stellvertretendes Mitglied

- Patrick Brumm berufen.
- Peer Groß berufen.
- Dr. Sonia Teimann berufen.

In den Beirat beim Landrat als Kreispolizeibehörde wird auf den bislang unbesetzten Platz als Stellvertreter des Kreistagsabgeordneten Erkan Zorlu der sachkundige Bürger Klaus Knein berufen.

Abst.-**Erg.:**

Einstimmig.

2.4	Gremienbesetzung der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat; Vertreter/in des Rhein-Sieg-Kreises in der Nachfolge für die Stadt Bonn	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

B.-Nr.
92/21

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH vor,

Herrn Kreistagsabgeordneten Marcus Kitz

als Aufsichtsratsmitglied der Stadt Bonn, des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Rhein-Sieg-Kreises zu bestellen.

Abst.-**Erg.:**

Einstimmig.

2.5	Nachwahl für den Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
93/21

Der Kreistag wählt

Herrn Paul Kröfges als Mitglied und
Herrn Dietmar Tüschelbönner als stellvertretendes Mitglied

in den Beirat der unteren Naturschutzbehörde.

Abst.-**Erg.:**

Einstimmig.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.6	Inklusions-Fachbeirat; hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
94/21

Der Kreistag fasst nachfolgenden Beschluss:

Der Vorsitzende des Inklusions-Fachbeirates, Herr Günter Wingender, wird zum sachkundigen Einwohner und die stellvertretenden Vorsitzenden im Inklusions-Fachbeirat, Frau Maria Zingsem und Herr Tim Hirschmann werden zu stellvertretenden sachkundigen Einwohnern im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit gewählt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2.7	Bestimmung von Mitgliedern der Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk für das Verbreitungsgebiet der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises e.V.	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

B.-Nr.
95/21

Der Kreistag wählt

Frau KTA Stefanie Orefice

für die Dauer von sechs Jahren als Mitglieder in die Veranstaltergemeinschaft für den Lokalfunk Bonn/Rhein-Sieg e.V..

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2.8	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 09.03.2021: Umbesetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
96/21

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung:

Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus

Der SkB Rudolf Wickel wird anstelle des SkB Felix Keune ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2.9	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.03.2021: Nachbesetzung in Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.03.2021.

B.-Nr.
97/21

Der Kreistag beschließt nachfolgende Nachbesetzungen:

Ausschuss für Inklusion und Gesundheit:

Dr. Katja Stoppenbrink wird neue stellvertretende Sachkundige Bürgerin.

Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration

Dr. Katja Stoppenbrink wird neue stellvertretende Sachkundige Bürgerin.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Gemeinsame Resolution der CDU-, SPD-, GRÜNEN- und FDP-Kreistagsfraktion vom 12.02.2021: Resolution zur Sicherstellung der wohnortnahen Geburtshilfe im RSK und im Kreis Neuwied	
---	---	--

Der Landrat verwies auf den gemeinsamen Resolutionsvorschlag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE, SPD und FDP sowie auf den nachgereichten Vorschlag eines Begleitbeschlusses.

Die SPD-Kreistagsfraktion habe zudem mitgeteilt, dass sie ihren Antrag vom 16.03.2021 „Wohnortnahe Geburtshilfe sicherstellen“ zu Gunsten der gemeinschaftlichen Entscheidung zurückziehe.

Der Landrat teilte mit, dass er sich in dieser Angelegenheit mit Bürgermeister Otto Neuhoff ausgetauscht habe und dieser ihn um persönliche Unterstützung in dieser sensiblen und wichtigen Angelegenheit gebeten habe. Darüber hinaus habe dieser darum gebeten, das Thema Zukunft des Krankenhauses Bad Honnef auf die Agenda der kommunalen Gesundheitskonferenz zu setzen.

Der Landrat sagte, er habe darüber hinaus eine Unterstützung in Form entsprechender Moderationsbemühungen zugesagt.

Abg. Steiner sagte, für den Erhalt der ländlichen Gesundheitsversorgung in einem Flächenkreis benötige man statt einer Ausrichtung auf die Zentren eine dezentrale Lösung. Es bestehe ein Krankenhausbedarf im ländlichen Raum, insbesondere mit der Grenzsituation an Rheinland-Pfalz und der Besonderheit, dass bestimmte Bereiche der nördlichen Region von Rheinland-Pfalz in die Versorgung der Krankenhäuser des Rhein-Sieg-Kreises mit einfließen. Man müsse somit einen gemeinsamen Lösungsweg auch mit der Landesregierung in Rheinland-Pfalz finden.

Die kommunale Gesundheitskonferenz sei ein geeigneter Rahmen, um mit allen Akteuren Kriterien hinsichtlich der Bedarfe im Krankenhausbedarfsplan zu erarbeiten.

Darüber hinaus sollten Forderungen an das Land artikuliert werden, um dauerhaft und zukünftig die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Dieser von den vier Fraktionen ausgearbeitete Antrag läge nunmehr vor und er bitte um

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Zustimmung.

Abg. Otter teilte mit, er beantrag für die Fraktion DIE LINKE eine textliche Änderung im Begleitbeschluss vom 18.03.2021 (Tischvorlage 2), wonach der letzte Satz im zweiten Absatz gestrichen werde, um sicherzustellen, dass dieses Konzept nicht nur auf die Problematik in Bad Honnef reduziert werde. Neben dem Standort Bad Honnef müsse man auch die Standorte Sankt Augustin, Eitorf und den linksrheinischen Bereich mit einbeziehen, falls sich dort entsprechende Probleme herausstellen sollten. Das müsse ebenfalls gegenüber dem Land angesprochen werden.

Abg. Steiner bemerkte, aufgrund der Aktualität solle man den Standort Bad Honnef nicht aus dem beschriebenen Begleitbeschluss herausnehmen. Er schlug hingegen vor, den letzten Satz im zweiten Absatz des Begleitbeschlusses mit dem Wort „auch“ zu ergänzen: „Hier ist insbesondere auch die besondere Bedeutung des Krankenhauses Bad Honnef für das Siebengebirge und das nördliche Rheinland-Pfalz zu bewerten.“

Abg. Otter erklärte daraufhin, die Fraktion die LINKE zeige sich mit dieser Ergänzung einverstanden.

Abg. Schäfer sage, seine Fraktion schließe sich der Resolution mit der vorgetragenen Änderung an.

Abg. Waldästl sagte, er bedanke sich ausdrücklich bei allen Fraktionen, dass man die Resolution mit dem Begleitbeschluss gemeinsam auf den Weg bringe. Aus diesem Grund habe man den kurzfristig eingereichten Antrag vom 16.03.2021 zurückgezogen. Es sei wichtig, als Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam ein Zeichen für eine sichere wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu setzen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

B.-Nr.
98/21

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt die in der Anlage (Anhang 1) beigefügte Resolution.

2. Im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz wird ein Arbeitskreis zur Erarbeitung von Rahmenvorgaben für eine Krankenhausbedarfsplanung im Rhein-Sieg-Kreis gebildet. Hier ist insbesondere auch die besondere Bedeutung des Krankenhauses Bad Honnef für das Siebengebirge und das nördliche Rheinland-Pfalz zu bewerten.

Die Akteure in diesem Arbeitskreis sollen aus den betroffenen Bereichen der Gesundheitsvorsorge kommen und zusammen mit der Politik mögliche Eckpunkte für eine Krankenhausbedarfsplanung im Kreis aufstellen, die den zuständigen Ministerien als Forderungen des Kreises übergeben werden.

Damit sollen insbesondere die unterschiedlichen Bedürfnisse eines Flächenkreises und einer städtisch geprägten Region abgegrenzt werden. Der Bereich der wohnortnahen geburtsmedizinischen Versorgung kann, als Teilbereich der wohnortnahen Gesundheitsversorgung, als einzelner Punkt herausextrahiert werden.

Ziel ist es, eine zukünftige Krankenhausbedarfsplanung im Rhein-Sieg-Kreis zielgerichtet nach den bei Fachleuten bekannten Bedürfnissen zu steuern und

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum wohnortnah zu erhalten.

Abst.-

Erg.:

Einstimmig.

3.1	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 05.03.2021: Testmöglichkeiten vor Sitzungen	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die nachgereichte Vorlage der Verwaltung und schlug vor, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Verwaltung prüft mögliche Testverfahren wie Selbsttests und Schnelltests und stimmt das weitere Vorgehen mit den Fraktionsvorsitzenden im Rahmen einer Ältestenratssitzung ab.“

Abg. Koch teilte mit, seine Fraktion schließe sich dem vorgeschlagenen Verfahren des Landrats an.

Der Landrat sagte, er komme auf die Fraktionen zurück, sobald die Verwaltung einen gangbaren Weg entwickelt habe.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, er werde sich bei der Abstimmung enthalten und verwies auf die unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema in der Literatur.

B.-Nr.
99/21

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung prüft mögliche Testverfahren wie Selbsttests und Schnelltests und stimmt das weitere Vorgehen mit den Fraktionsvorsitzenden im Rahmen einer Ältestenratssitzung ab.

Abst.-

Erg.:

Einstimmig, Enth. Dr. Fleck.

4	Fortschreibung Nahverkehrsplan	
---	--------------------------------	--

4.1	Buskonzept Bad Honnef	
-----	-----------------------	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
100/21

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Das Buskonzept Bad Honnef mit den neuen bzw. veränderten Linien SB51, 560, 561, 562, 565, 566, 567, 568 und 596 zum 18.08.2021 wird umgesetzt und der Nahverkehrsplan entsprechend fortgeschrieben.

Abst.-

Erg.:

Einstimmig.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4.2	Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes an Samstagen	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr.
101/21

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Auf den Stadtbahnlinien 16 und 18 wird zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 ein 20-Minuten-Takt an Samstagen zwischen ca. 9:30 und 20:30 Uhr eingerichtet.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

5	Haushalt 2021/2022	
---	--------------------	--

Der Landrat bedankte sich für die qualitativ sehr guten Haushaltsberatungen und bemerkte, man habe dem Wunsch der kreisangehörigen Städte und Kommunen Rechnung getragen, die Kreisumlage zu senken. Darüber hinaus bedankte er sich für die Bereitschaft, auf die Haushaltsreden zu verzichten. Die Haushaltsreden würden der Niederschrift beigelegt.

Hinweis des Schriftführers:

*Die Haushaltsrede des Abg. Dr. Bieber ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.*

*Die Haushaltsrede des Abg. Steiner ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.*

*Die Haushaltsrede des Abg. Waldästl ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.*

*Die Haushaltsrede des Abg. Koch ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt.*

*Die Haushaltsrede des Abg. Schäfer ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt.*

*Die Haushaltsrede des Abg. Kemper ist der Niederschrift als **Anlage 6** beigelegt.*

*Die Haushaltsrede des Abg. Dr. Fleck ist der Niederschrift als **Anlage 7** beigelegt.*

5.1	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2021/2022	
-----	--	--

Der Landrat teilte mit, er sei darum gebeten worden, über die fünf Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen zu lassen. Hierüber bestand Einvernehmen.

Er wies darauf hin, dass unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages der letzte Satz gestrichen werden müsse.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Kreistag fasst nachfolgende Beschlüsse:

1. Die Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme

B.-Nr.
102/21

2. Die Isolation von coronabedingten Belastungen im Kreishaushalt 2021/2022 erfolgt nach Maßgabe der Beratungen und Beschlussfassungen zu den diesbezüglich vorliegenden Anträgen der Kreistagsfraktionen zum Haushalt 2021/2022.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

B.-Nr.
103/21

3. Es wird festgestellt, dass die Entlastungen aus der erhöhten KdU-Bundeserstattung 2020 die Ergebnisrechnung 2020 positiv beeinflusst und die insbesondere aus diesem Grunde entstandene Überdeckung 2020 nach der Mittelfristplanung des vorliegenden Doppelhaushalts 2021/2022 über eine Rücklagenentnahme in wesentlichen Teilen an die Kommunen weitergegeben wird.

Abst.-
Erg.:

MB./ SPD, LINKE.

B.-Nr.
104/21

4. Die Veranschlagung eines globalen Minderaufwands im Kreishaushalt wird abgelehnt.

Abst.-
Erg.:

MB./ SPD, LINKE.

B.-Nr.
105/21

5. Weitere Möglichkeiten, die Kosten des Jugendamtes und damit den Umlagesatz spürbar zu stabilisieren, sind derzeit nicht ersichtlich. Über die zu erwartende Entwicklung der Kosten des Jugendamtes werden die Gemeinden ohne eigenes Jugendamt jährlich im III. Quartal informiert.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2021/2022 mit Haushaltsplan und Anlagen	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf nachgereichte modifizierte Beschlussvorlage mit aktueller Änderungsliste der Verwaltung und Haushaltssatzung.

B.-Nr. **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**
106/21 „Der Kreistag beschließt, der von der Verwaltung als Anhang 1 vorgelegten Haushaltssatzung 2021/2022 mit Haushaltsplan und Anlagen zuzustimmen.“

Abst.-
Erg.: MB./ SPD, LINKE, AfD, Enth. Dr. Fleck.

5.3	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Amtlichen Stellenplanes 2021/2022	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung bei 7 Enthaltungen des Ausschusses für Personal und Gleichstellung.

B.-Nr. **Der Kreistag stimmt dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Amtlichen Stellenplanes 2021/2022 unter Berücksichtigung der in der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellung am 23.02.2021 getroffenen Ergänzungen zu.**
107/21

Abst.-
Erg.: Einstimmig.

6	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Euskirchen zur Sicherstellung kreisgrenzenüberschreitender Verkehrsleistungen	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

B.-Nr. **Der Kreistag fasst die folgenden Beschlüsse:**
108/21

1. Dem Abschluss der in Anhang 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Euskirchen und dem Rhein-Sieg-Kreis zur Sicherstellung kreisgrenzenüberschreitender Verkehrsleistungen wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Umsetzung wie z.B. die Genehmigung der Bezirksregierung Köln einzuholen, einzuleiten.

Abst.-
Erg.: Einstimmig.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7	Erlass einer kreiseigenen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Neubau von öffentlich geförderten Wohnraum	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abg. Kemper sagte, man werde gegen die Beschlussempfehlung stimmen, da durch den Beschluss die Konkurrenzsituation zwischen dem privaten Wohnungsbau und der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft verschärft werde. Insbesondere im Hinblick auf die im östlichen Rhein-Sieg-Kreis knapper werdenden Flächen, die zur Wohnbebauung und zum sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stünden, würde man eine Verlagerung hin zum privaten Wohnungsbau erkennen.

Der Landrat bemerkte, dass im östlichen Rhein-Sieg-Kreis keine Anträge auf öffentlich geförderten Wohnraum gestellt seien. Die Verwaltung wolle demnach Anreize für eine Antragstellung schaffen. Bei der Kommunalwahl habe Einigkeit bestanden, im Rhein-Sieg-Kreis bezahlbarer Wohnraum zu schaffen. Das wolle man mit diesem Beschluss angehen.

Abg. Kemper teilte mit, dass seine Fraktion sich nunmehr bei der Beschlussfassung enthalten werde, da am die vorgebrachten Argumente aufgrund in der Kürze der Zeit nicht abwägen könne.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
109/21

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Neubau von Wohnraum zum Zwecke der Fremdvermietung für die Einkommensgruppe A in kreiseigenen Kommunen mit Mietniveau M 1, M 2 und M 3 (Anhang 1). Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig, Enth. LINKE.

8	Feststellung der Gültigkeit der Kreiswahlen 2020	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und teilte mit, dass er nach § 46 e Abs. 1 KWahlG an der Beratung und Entscheidung der Vertretung über die Gültigkeit seiner Wahl nicht mitwirken dürfe.

Folglich übergab er die Sitzungsleitung für die Beschlussfassung unter TOP 8.1 an seine Stellvertreterin Abg. Kunert.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8.1	Feststellung der Gültigkeit der Landratswahl am 13.09.2020	
-----	--	--

Abg. Kunert verlas den Beschlussvorschlag Nr. 1 der Vorlage und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.
110/21** Der Kreistag stellt entsprechend der Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses fest:

Da keiner der unter § 40 Abs. 1 Buchstaben a) bis c) Kommunalwahlgesetz (KWahlG) genannten Fälle vorliegt, wird die Wahl des Landrates des Rhein-Sieg-Kreises am 13.09.2020 gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d) des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen - Kommunalwahlgesetz (KWahlG) für gültig erklärt.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

Anschließend übernahm der Landrat wieder die Sitzungsleitung.

8.2	Feststellung der Gültigkeit der Kreistagswahl am 13.09.2020	
-----	---	--

Der Landrat verlas den Beschlussvorschlag Nr. 2 der Vorlage und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.
111/21** Der Kreistag stellt entsprechend der Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses fest:

Da keiner der unter § 40 Abs. 1 Buchstaben a) bis c) Kommunalwahlgesetz (KWahlG) genannten Fälle vorliegt, wird die Wahl des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 13.09.2020 gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d) Kommunalwahlgesetz (KWahlG) für gültig erklärt.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

9	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Der Landrat verwies auf folgende Anfragen sowie den Antworten der Verwaltung:

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 21.01.2021:

Corona-Impfungen im RSK, Beipackzettel, Testzentrum im ehemaligen Autohaus

Hinweis auf die Antwort der Verwaltung vom 15.02.2021.

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 21.01.2021:

Schreiben des Sprechers der Bürgermeister Stephan Vehreschild des RSK zur Thematik der Kosten der Unterkunft 2020

Hinweis auf die Antwort der Verwaltung vom 27.01.2021.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 10.02.2021:

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II, erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II-Bezug, Anzeigen zur Kurzarbeit im RSK

Hinweis auf die Antwort der Verwaltung vom 26.02.2021.

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 25.02.2021:

Besorgnis vieler Bürgerinnen und Bürger wegen FFP2- und chirurgischer Masken

Hinweis auf die Antwort der Verwaltung vom 03.03.2021.

Abg. Dr. Fleck bedankte sich für die ausführliche Beantwortung der Anfragen.

Dann stellte der Landrat die aktuellen Zahlen aus dem Rhein-Sieg-Kreis zur Coronapandemie vor.

Er teilte mit, dass im Rhein-Sieg-Kreis aktuell 802 Personen mit dem Coronavirus infiziert seien und die Zahlen weiter ansteigen. Die Inzidenz liege derzeit bei 77,4. Sorge würden derzeit die mutierten Coronaviren bereiten. 642 Mutanten seien aktuell die Variante aus Großbritannien. 12 Personen seien mit der Südafrikanischen Variante infiziert. Die brasilianische Mutation liege derzeit bei keinem Infizierten vor.

Darüber hinaus sei besorgniserregend, dass die Inzidenz weiter ansteige. Dies führe zu einem immer höheren Arbeitsaufkommen im Gesundheitsamt. Die Anwahlversuche bei der Hotline im Gesundheitsamt seien innerhalb einer Woche um 10.000 zusätzliche Anrufer angestiegen. Derzeit werde geprüft, ob das erhöhte Telefonaufkommen durch externe Unterstützung aufgefangen werden könne.

Erfreulich sei, dass 3.000 über 80-jährige Menschen aus dem Rhein-Sieg-Kreis im Impfzentrum der Stadt Bonn geimpft werden könnten. Das Angebot der Stadt Bonn werde vom Rhein-Sieg-Kreis gerne angenommen. Dieses Vorgehen würde derzeit noch mit dem zuständigen Landesministerium in Düsseldorf abgestimmt.

Abg. Horst Becker fragte nach, welche Erkenntnisse aus den Schulen und Kindergärten im Rhein-Sieg-Kreis vorlägen. Weiterhin erkundigte er sich, ob die kassenärztliche Vereinigung darauf eingestellt sei, dass ab Montag ggf. wieder der Impfstoff AstraZeneca verabreicht werden könne.

Der Landrat führte aus, dass im Rhein-Sieg-Kreis derzeit 50 Einrichtungen von einem Coronaausbruch betroffen seien. Hiervon seien nur noch vier Pflegeheime im Rhein-Sieg-Kreis betroffen. Dies würde für den Erfolg der durchgeführten Impfungen in den Pflegeeinrichtungen sprechen.

In 14 Schulen und 20 Kindertagesstätten seien aktuell Coronaausbrüche zu verzeichnen. Durch die 50 Ausbruchsgeschehen in Einrichtungen seien derzeit nur 150 aktuelle Fälle betroffen. Dies sei ein Rückgang an Fällen im Zusammenhang mit Ausbrüchen in Einrichtungen. Dies mache nur noch ein Fünftel aller aktuellen Infektionen aus. Vier Fünftel aller Coronainfektionen seien somit im privaten Umfeld zu verzeichnen.

Auf die Fragestellung zu der möglichen Wiederaufnahme von Impfungen mit AstraZeneca teilte der Landrat mit, dass derzeit 10.500 Impfdosen mit dem Wirkstoff AstraZeneca bis Sonntag verimpft werden könnten. Hiervon seien 8.000 Impfdosen bereits auf die Schwerpunktpraxen verteilt worden. Sofern der Impfstoff durch die EMA wieder freigegeben werde, könnten die 8.000 Impfdosen in den Praxen der Hausärzte verimpft werden.

Weiterhin gehe er davon aus, dass die ausgefallenen Termine im Impfzentrum Sankt Augustin für die entsprechenden Berufsgruppen ab nächster Woche nachgeholt werden könnten.

Abg. Kirli erinnerte an den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, den ÖPNV zu entzerren. Der Antrag zielte darauf ab, weitere Schulbusse einzusetzen. Insbesondere durch die Ausbrüche in Schulen stelle sich die Frage, ob die Schülerbeförderung vor und nach dem Unterricht zu einem Infektionsgeschehen führe.

Der Landrat verwies auf Studien die zeigen, dass die Nutzung des ÖPNV kein Hotspot sei. Er erinnerte zudem nochmal an die Möglichkeit der Schulen, durch eine Staffelung des Schulbeginns und des Schulendes die Schülerzahlen in den Bussen zu minimieren.

Sollten darüber hinaus Erkenntnisse vorliegen, dass die Fahrgastzahlen ansteigen, könnten Gelenkbusse eingesetzt und verstärkte Fahrten angeboten werden. Hierzu würden den Fraktionsvorsitzenden in der nächsten Sitzung des Ältestenrates aktuelle Informationen vorgelegt werden können.

Information der Verwaltung:

Es gibt nachfolgende unterschiedliche Ansätze, die sich von Kommune zu Kommune im Detail unterscheiden:

1. *Die einfachste Variante ist die Umstellung von Solobussen auf Gelenkbusse.*
2. *Sofern es tatsächlich zu weiteren Kapazitätsproblemen kommt, werden zusätzliche Busse eingesetzt*
3. *In verschiedenen Schulen der Kommunen gibt es bereits Schulzeitstaffelungen, die entzerrend wirken. Mit anderen wird nach schnellen Lösungen gesucht. (Eine solche Umstellung dauert normalerweise bis zu einem Jahr).*
4. *Im Austausch mit den Schulämtern vor Ort, den Verkehrsunternehmen RVK oder RSVG und dem Fachbereich Verkehr und Mobilität werden gemeinsam Lösungen entwickelt, wie jüngst erforderliche Maßnahmen bei der Organisation des Wechselunterrichts, sofern die erforderlichen Informationen aus den Kommunen mit genügend zeitlichem Vorlauf eingegangen sind.*

Aufschluss über ein mögliches aktuelles COVID-19-Infektionsrisiko im Öffentlichen Personennahverkehr soll zudem eine inzwischen begonnene epidemiologische Studie im Gebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes liefern.

Beauftragt wurde die Untersuchung von den Bundesländern gemeinsam mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Durchgeführt wird die Studie von der Research Organisation der Berliner Charité mit mindestens 600 Pendlerinnen und Pendlern.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 2 Millionen Euro. Ergebnisse sollen voraussichtlich im April vorliegen. Die Länder haben im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz gemeinsam entschieden, die Studie zu fördern.

Die Federführung liegt beim Land Baden-Württemberg. Finanziell beteiligen sich neben Niedersachsen die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. (Quelle: newstix 21.02.2021)

Ansonsten gibt es rudimentäre Kenntnisse über folgende ältere Studien:

- Robert Koch Institut 17.09.2020
- Charité Research Organisation GmbH, 09.2020
- AGES (österreichische Studie) 19.8.2020
- VDV, Verkehrsministerium NRW, SPNV-AT 28.07.2020
- VDV-Umfrage (Beschäftigte im ÖPNV) 29.10.2020

Alle Studien kommen letztlich zum Ergebnis, dass der ÖPNV kein „Hotspot“ für die Infektion mit dem COVID-19-Virus ist.

Thema Schülerspezialverkehr an den kreiseigenen Förderschulen:

Die Schulverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises hält nach wie vor die Vorgabe an die Kleinbusunternehmer aufrecht, dass in den Kleinbussen lediglich maximal 4 Schüler/innen befördert werden dürfen (anstatt 8 Schülern/Schülerinnen), damit wenigstens ein kleiner Abstand zwischen den Kindern/Jugendlichen eingehalten werden kann. Das führt zu versetzten Schulanfangszeiten, weil nicht genügend Kleinbusse vorhanden sind, um alle Schüler/innen gleichzeitig zur Schule zu bringen und von dort abholen zu können. In jedem Fall führt diese Maßnahme zu zusätzlichen Fahrten und damit zu zusätzlichen Kosten. Die Verwaltung versucht, einen Teil der zusätzlichen Kosten über das dafür vorgesehene Fördermittelprogramm des Landes NRW erstattet zu bekommen.

Es wird geprüft, ob die Vorgabe „nur 4 Schüler/innen pro Kleinbus“ auch nach den Osterferien noch aufrechterhalten wird.

Abg. Suchetzki teilte mit, dass laut der Schulministerin Frau Gebauer für Schulträger noch sehr viele Fördermittel bereitstünden. In diesem Zusammenhang erkundigte sich Abg. Suchetzki, ob in den Förderschulen und Berufskollegs des Rhein-Sieg-Kreises über diese Fördermittel noch Luftfilter eingebaut werden könnten.

Der Landrat sagte, dass die Frage in der Sitzung des Ältestenrates aufgegriffen und somit den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt werde.

Information der Verwaltung:

Die Verwaltung verweist hierzu auf die Stellungnahme der Unfallkasse NRW (siehe Anhang), die ebenfalls die Haltung des Kreises beschreibt, sehr sorgsam und zurückhaltend mit dem Einsatz solcher Geräte im schulischen Kontext umzugehen.

Neben den zahlreichen technischen und medizinischen Bedenken, ist zusätzlich zu bedenken, dass die Geräte regelmäßig fachgerecht gewartet und gereinigt werden müssen; alleine aus haftungsrechtlichen Gründen, ohne an die fachlichen Gründe zu denken, können damit nicht ohne Weiteres Hausmeister oder andere an Schulen tätige Personen beauftragt werden.

3. Sitzung des Kreistages am 18.03.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Werden die Geräte nicht fachgerecht gewartet und gereinigt, wird genau das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks erreicht: es kann eine Gefährdung von den Geräten ausgehen. Die Menschen wiegen sich in falscher Sicherheit.

Die Schulen in Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises verfügen alle zusammen über insgesamt rund 480 Klassenräume.

Sollten alle Klassenräume damit ausgestattet werden, würden die Fördermittel dazu nicht ausreichen.

Nach Einschätzung der Verwaltung ist das richtige Lüften, wie in der Stellungnahme der UK NRW beschrieben, wirksamer und wichtiger.

Abg. Dr. Fleck erkundigte sich warum im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis noch kein Impfzentrum errichtet worden sei und unter welcher Adresse das Impfzentrum der Stadt Bonn zu erreichen sei.

Der Landrat erinnerte daran, dass er der allererste Landrat in Nordrhein-Westfalen gewesen sei, der aufgrund der besonderen Lage mit der Stadt Bonn die Forderung nach einem zweiten Impfzentrum gestellt habe. Der kommunale Spitzenverband habe sich Ende November hinter diese Forderung gestellt.

Mittlerweile gebe es den Ansatz aus Berlin und Düsseldorf, mit den Impfungen mehr in die Flächen zu gehen. Nunmehr wurden Schwerpunktpraxen gebildet in denen Impfungen durchgeführt werden können. Der Rhein-Sieg-Kreis habe 35 Hausarztpraxen für die Impfungen benennen können.

Sofern der Impfstoff AstraZeneca freigegeben werde, könnten die Impfungen in den Hausarztpraxen starten. Ein weiteres Impfzentrum mache momentan keinen Sinn, da dies mit einem riesigen logistischen und personellen Aufwand verbunden sei und nicht so tief in die Fläche gehe wie die 35 Schwerpunktpraxen.

Weiterhin teilte der Landrat mit, dass sich das Impfzentrum der Stadt Bonn im World-Conference-Center (WCCB) Bonn befinde.

Abg. Lanzerath fragte nach, ob aktuelle Zahlen zur Impfquote vorliegen.

Der Landrat teilte mit, dass er in der morgigen Pressekonferenz mitteilen werde, wie viele Menschen im Rhein-Sieg-Kreis bereits geimpft seien.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils

Anlage 1 zu TOP 3



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kreishaus

12.02.2021

53721 Siegburg

nachrichtlich:
Fraktionen/Gruppen

Resolution zur Sicherstellung der wohnortnahen Geburtshilfe im Rhein-Sieg-Kreis und im Kreis Neuwied

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP streben die Verabschiedung einer Resolution durch den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises an mit dem Ziel, die wohnortnahe Geburtshilfe im Rhein-Sieg-Kreis und im Kreis Neuwied sicherzustellen.

Begründung:

Die Schließung der Geburtsstation im Cura Krankenhaus in Bad Honnef ist von den Bürgerinnen und Bürgern im südlichen Rhein-Sieg-Kreis und nördlichen Kreis Neuwied mit großer Sorge aufgenommen worden. Dem Standort Bad Honnef kommt aufgrund seiner Lage zwischen den Geburtszentren in Neuwied, Bonn sowie Troisdorf eine besondere Bedeutung zu.

Das Angebot der Geburtshilfe verringert sich im Rhein-Sieg-Kreis somit nach den bereits erfolgten Schließungen in Eitorf, Sankt Augustin und Siegburg auf nunmehr nur noch zwei Kliniken im rechtsrheinischen Troisdorf. Im Kreis Neuwied wurde das Angebot in den vergangenen Jahren auf nunmehr nur noch ein Geburtszentrum reduziert.

Die Kreistage Rhein-Sieg und Neuwied sehen dringenden Handlungsbedarf zur Sicherstellung der geburtsmedizinischen und stationären gynäkologischen Versorgung in der Region.

Beide Kreistage fordern die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf, das lösungsorientierte Gespräch mit den Verantwortlichen der Trägergesellschaft GFO (Gemeinnützige Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe mbH) zu suchen, um am Standort Bad Honnef dauerhaft ein Angebot der Geburtshilfe zu gewährleisten.

Zu berücksichtigen sind die regional vorgegebenen geographischen, digitalen und infrastrukturellen Parameter sowie die Einhaltung vorgegebener Entfernungen.

In den vergangenen Jahren lag die Zahl der Geburten in Bad Honnef stabil bei über 500 im Jahr. Die Zahlen entwickelten sich positiv und mit einer Reduzierung der Geburtenzahlen ist auch künftig nicht

zu rechnen. Der Rhein-Sieg-Kreis und der nördliche Kreis Neuwied sind Wachstumsregionen, die sich insbesondere durch den Zuzug junger Familien auszeichnen. Durch die Schließung der Bad Honnefer Geburtsstation hat sich die Versorgungssituation jedoch insbesondere für Schwangere aus dem nördlichen Kreis Neuwied sowie aus Königswinter, Bad Honnef und angrenzenden Orten des rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreises deutlich verschlechtert. Die Wegezeiten bedeuten neben zusätzlichem Stress auch ein höheres Risiko für die Gebärenden. Insbesondere Mehrfachgebärende sind durch eine längere Wegezeit gefährdet.

Es stellt sich zudem die Frage, ob die verbliebenen Geburtskliniken in der Region überhaupt in der Lage sind, den zusätzlichen Bedarf aufzufangen. Bereits jetzt werden Gebärende abgewiesen – trotz vorheriger Anmeldung im Kreißaal.

Die Landesregierungen sollen eruieren, unter welchen Voraussetzungen die GFO bereit ist, die im Cura Krankenhaus Bad Honnef vorgenommene Schließung des Kreißaals und der Wochenbettstation zurückzunehmen.

Die Fachabteilung Geburtshilfe gilt als basisversorgungsrelevant und kann einen Sicherstellungszuschlag erhalten. Die Erreichbarkeitsschwelle für die Fachabteilung Geburtshilfe wurde durch den Gemeinsamen Bundesausschuss auf 40 Pkw-Fahrzeitminuten festgelegt. Diese Fahrtzeit wird vor dem Hintergrund der aktuellen Situation vielfach überschritten. Mit rund 500 Geburten jährlich müsste das Cura Krankenhaus die Voraussetzungen zur Beantragung von finanziellen Mitteln aus dem Hebammenstellen-Förderprogramm des Bundes erfüllen (Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz). Ferner fördert das Land Nordrhein-Westfalen hebammengeleitete Kreißäle. Die verschiedenen Fördermöglichkeiten sind zu prüfen und mit den Verantwortlichen der GFO mit dem Ziel einer Umsetzung zu erörtern.

Alternativ bietet sich die Entwicklung folgender Modelle zur Sicherstellung einer wohnortnahen Geburtshilfe an:

- Konzept eines hebammengeleiteten Kreißaals mit Belegärzt*innen (mit Krankenhausanbindung) wie in den GFO Kliniken Rhein-Berg in Bensberg
- Konzept eines Geburtshauses, das in Zusammenarbeit von einer Hebammenpraxis und Arztpraxis geführt wird und über eine Anbindung an den Operationssaal des Cura Krankenhauses verfügt
- Wiedereinführung des Belegarztsystems, wie bis 1984 im Cura Krankenhaus praktiziert

Zur Verwirklichung derartiger Projekte ist die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsregion KölnBonn e.V. zu suchen.

Der möglichen Entwicklung, gesundheitliche Grundleistungen einer reinen Wirtschaftlichkeitsberechnung zu unterziehen, treten wir insbesondere im Bereich der Geburtshilfe entgegen.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.

Dr. Torsten Bieber
Monika Grünwald
Andreas Sonntag

Gerlinde Neuhoff
Nina Droppelmann
Ingo Steiner

Denis Waldästl
Katja Ruiters
Hanna Nora Meyer

Christian Koch
Gudrun Brönstrup
Martina Ihrig

f. d. R. Christian-Alexander Heinrich



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

- Der Vorsitzende -

Rückfragen:
CDU-Kreistagsfraktion
Geschäftsstelle Kreishaus
53721 Siegburg

Ruf (02241) 6 97 77
E-Mail: kontakt@cdu-fraktion-rsk.de
Internet: www.cdu-fraktion-rhein-sieg.de

18.03.2021

Haushaltsrede –

„Wir gestalten den Kreis nachhaltig und zukunftsfest“

**Schwarz-grüne Koalition setzt Koalitionsvertrag im Haushalt konsequent um
Kreistag verabschiedet Doppelhaushalt 2021/2022 mit überwältigender Mehrheit**

„Wir stellen für den Kreis die Weichen, damit er sich nachhaltig und zukunftsfest entwickelt. Solide Finanzen sind die Basis, um wichtige Projekte des Koalitionsvertrages in den Bereichen Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Mobilität, Heimat, Klimaschutz und Soziales umzusetzen. Wir reden nicht, wir packen an und gestalten den Kreis weiter. Mit der CDU und der schwarz-grünen Koalition erlebt der Kreis seit Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte und wir stellen sicher, dass diese auch weitergeht. Landrat Sebastian Schuster und Schwarz-Grün sind dabei ein Team.“

(Dr. Torsten Bieber, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion)

Der Rhein-Sieg-Kreis erhebt mit 29,77% im Haushaltsjahr 2021 und 31,92% im Haushaltsjahr 2022 die niedrigste allgemeine Kreisumlage im Regierungsbezirk Köln.

Dank der schwarz-grünen Koalition im Kreistag bleibt der Rhein-Sieg-Kreis auch in den nächsten zwei Jahren ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Darüber hinaus finanziert er vielfach Projekte, die sich die Städte und Gemeinden selbst nicht leisten können, oder kümmert sich um Projekte, die kreisweite Bedeutung haben.

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 trägt eine starke schwarz-grüne Handschrift. Neben den Themen Klima- und Landschaftsschutz setzen CDU und GRÜNE insbesondere im Bereich der Digitalisierung sowie der Kultur- und Heimatpflege starke Akzente:

DIGITALISIERUNG

- Digitalisierung der Kreisschulen mit insgesamt über 5 Mio. Euro forciert (IT-Support und Ausstattung)

- Personalstellen in der Kreisverwaltung zur Digitalisierung der Schulen verstärkt (2021: 200.000 Euro, 2022: 400.000 Euro)
- Schul-IT durch externen Dienstleister (regio iT)
- Amt für Digitalisierung in der Kreisverwaltung eingerichtet – mehr Tempo bei der digitalen Agenda
- Breitbandausbau im Jahr 2022 abgeschlossen – 95 % aller Haushalte profitieren; nächstes Ziel: umfassender Glasfaserausbau

KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT - LANDWIRTSCHAFT UND NATUR

- Klimaschutz-Fonds für den Rhein-Sieg-Kreis eingerichtet, mit dem Projekte im Kreisgebiet gefördert werden, die zu einer messbaren Senkung von Treibhausgasen führen – Klimaneutralität der Kreisverwaltung bald erreicht
- Ordnungsaußendienst zum Schutz der Naturschutzgebiete im Rhein-Sieg-Kreis verstärkt – Natur braucht Schutz
- Runder Tisch Landwirtschaft kommt – miteinander reden, statt übereinander
- Ausbau der Energieagentur Rhein-Sieg mit zusätzlich 120.000 Euro im Jahr 2021 und 200.000 Euro im Jahr 2022 beschlossen
- Immer mehr Kommunen machen bei der Energieagentur mit – objektive Verbraucherberatung und kommunales Energiemanagement sichergestellt

MOBILITÄT

- Attraktives Angebot + attraktive Preise = ÖPNV wird stärker genutzt
- 5-Jahres-Strategie für den Ausbau des ÖPNV und SPNV im Rhein-Sieg-Kreis initiiert
- Attraktives JobTicket für alle Berufstätigen im Rhein-Sieg-Kreis geplant
- Erstellung eines Elektro-Mobilitäts- und Ladeinfrastrukturkonzeptes für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis beauftragt (Haushaltsmittel i. H. v. 70.000 Euro, von denen insbesondere die Städte und Gemeinden durch Einsparung der Kosten für ein eigenes Konzept profitieren)
- Radwegeausbau an Kreisstraßen mit 3,95 Mio. Euro verstärkt (Gesamtansatz für 2021/2022: 5,4 Mio. Euro). Ziel: Durch 90 %ige Förderung von Bund und Land sollen bis 2025 Radwege im Finanzvolumen von 54 Mio. Euro geplant und gebaut werden.

FINANZEN

- 11,094 Mio. Euro zusätzliche Entlastung für Kommunen
- Städte und Gemeinden um 4,506 Mio. Euro im Jahr 2021 und 2,518 Mio. Euro im Jahr 2022 entlastet: Niedrigste allgemeine Kreisumlage im Regierungsbezirk Köln (2021: 29,77%, 2022: 31,92%, 2023: 33,52%, 2024: 32,68%, 2025: 32,45%)
- Kreisumlage Mehrbelastung ÖPNV gegenüber dem Haushaltsentwurf im Jahr 2021 um rd. 2,13 Mio. Euro und im Jahr 2022 um rd. 1,94 Mio. Euro gesenkt
- Jugendamtsumlage im Vergleich zum Haushaltsentwurf um 0,35 %-Punkte im Jahr 2021 und 0,33 %-Punkte im Jahr 2022 gesenkt

KREISENTWICKLUNG – WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

- Wohnungsmangel effektiv bekämpfen – kreiseigene Förderrichtlinie für öffentlich geförderten Wohnraum in Städten und Gemeinden mit niedrigen bis überdurchschnittlichen Mietniveaus (M 1, M 2 und M 3) beschlossen
- 1 Mio. Euro für REGIONALE 2025-Projekte im rechtsrheinischen Kreisgebiet
- 150.000 Euro für Bio innovation park Rheinland

RETTUNGSWESEN UND KATASTROPHENSCHUTZ

- Weichen für Neubau des Gefahrenabwehrzentrums des Rhein-Sieg-Kreises mit 33 Mio. Euro gestellt
- Neue Rettungswachen in Bornheim (10,5 Mio. Euro) und Ruppichteroth (4,85 Mio. Euro) kommen

SCHULEN UND BERUFSSKOLLEGS

- Finanzielle Vorsorge für die Sanierung der Berufskollegs und Förderschulen des Kreises mit bis zu 136 Mio. Euro getroffen
- Medienzentrum des Rhein-Sieg-Kreises im Jahr 2021 mit zusätzlich 10.000 Euro gestärkt

SOZIALES

- Kreisförderung von Vereinen, Verbänden und freien Trägern aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich sowie der freien Jugendhilfe auch in schwierigen Zeiten um rd. 270.000 Euro erhöht
- Vereine, Verbände und freie Träger aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich sowie der freien Jugendhilfe mit insgesamt über 1,1 Mio. Euro p. a. gefördert
- Einheitliche Pflegeberatung mit vergleichbaren Standards für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis geplant (Haushaltsmittel i. H. v. 300.000 Euro im Jahr 2022 bereitgestellt)
- Evaluierung der Unterstützungsangebote für Frauen in Not und Prüfung weiterer Handlungsoptionen im Jahr 2021 beantragt, neues Gebäude für das kreiseigene Frauenhaus in Sankt Augustin
- Fortsetzung der Förderung der LSBTTIQ-Jugendarbeit im Kreis mit 11.000 Euro

KULTUR, SPORT UND EHRENAMT

- Leitlinienprojekte des Beethoven-Jubiläums „Ludwig goes KiTa“ und „Orgelkultur“ fortgesetzt und mit insgesamt 240.000 Euro in den Jahren 2021/2022 gefördert
- Vernetzungs- und Unterstützungsangebote zur Stärkung der Heimat-, Brauchtums-, Bürger- und Kulturvereine beauftragt, Vereine werden bei Ehrenamtsstrategie des Landes unterstützt
- Grundsätze der Kulturförderung des Rhein-Sieg-Kreises vorübergehend geöffnet
- Arbeitskreis zur zukünftigen Gestaltung der Sportlerehrung im Rhein-Sieg-Kreis eingerichtet
- Jährlicher Tag des Ehrenamts im Rhein-Sieg-Kreis geplant

Die Koalition aus CDU und GRÜNEN gestaltet den Rhein-Sieg-Kreis auch in schwierigen Zeiten nachhaltig, zukunftsfest und überzeugend!

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2021/2022

zur Kreistagssitzung am 18.03.2022



Ingo Steiner

Fraktionsvorsitzender DIE GRÜNEN IM KREISTAG RHEIN-SIEG

Sehr geehrter Landrat Sebastian Schuster,

sehr geehrte Frau Kreisdirektorin und Kämmerin Svenja Udelhoven,

sehr geehrte Abgeordnete,

das Jahr 2020 war ein besonderes, insbesondere auch deshalb, weil es nahtlos und unverändert in das Jahr 2021 übergegangen ist. In einer pandemischen Lage mit unwägbareren finanziellen Risiken musste die Verwaltung einen Haushalt aufstellen und die Politik diesen beraten. Dass dieses so gelungen ist, verdient den Dank unserer Fraktion an das Team um Svenja Udelhoven, aber auch allen anderen Beteiligten in der Verwaltung und damit nicht zuletzt auch dem Landrat. Dieser Dank gilt aber auch allen Kreistagsabgeordneten und sachkundigen Bürgern, die sich unter den erschwerten Bedingungen konstruktiv an den Beratungen in den Fachausschüssen beteiligt haben.

Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass wir wieder mehr und vor allem einen besseren Zusammenhalt in unserer Gesellschaft brauchen; denn in der Krise zeigt sich, wie ein guter Zusammenhalt funktioniert und wie wichtig dieser ist.

Warum erwähne ich das?

Wir sind nun im 21.ten Jahr einer schwarz-grünen Zusammenarbeit zum Wohl der Menschen und Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis. Aber noch nie in den 21 Jahren haben wir eine so intensive Haushaltsberatung geführt, nicht weil die Konflikte so groß waren, sondern die Herausforderungen durch die Pandemie. So wollten wir einen Haushalt, der zum einen die Sorgen und Ängste unserer Kommunen berücksichtigt, zum anderen aber einen, der nicht vor der Pandemie kapituliert, sondern auch die gemeinsamen Projekte der schwarz-grünen Koalition weiterverfolgt.

Dieser Haushalt - mit all seinen vielen Änderungen aus den politischen Beratungen - ist eine gute Basis für die nächsten beiden Jahre. Mit der Isolierung der Corona-bedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen wollen wir unseren Kommunen helfen, auch in den nächsten Jahren zumindest eine Chance zu erhalten, handlungsfähig zu sein. Dies gilt auch für die Erstattung der Mittel des Bundes für die Kosten der Unterkunft. Diese werden wir über die Rückstellungen weitgehend vollständig an die Kommunen weitergeben. Wir müssen dabei aber auch unsere mittelfristige Finanzplanung im Blick behalten. Wir helfen den Kommunen nicht, wenn wir zu Lasten der Reserven die Kreisumlage im Haushaltszeitraum stark senken und dann im nächsten Haushalt überproportional erhöhen. Die Politik von schwarz-grün war immer eine verlässliche und stabile Kreisumlage, dass ändern wir auch in Zeiten der Pandemie nicht. Je nach Ausgang der Beratungen im Kreis Euskirchen werden wir im Rhein-Sieg-Kreis die niedrigste Kreisumlage im Regierungsbezirk haben. Das bestätigt, dass schwarz-grün in den letzten 21 Jahre gut gearbeitet hat.

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2021/2022

zur Kreistagssitzung am 18.03.2022



Ingo Steiner

Fraktionsvorsitzender DIE GRÜNEN IM KREISTAG RHEIN-SIEG

Es ist richtig, dass wir mit dieser Isolierung der Corona Kosten und einer möglichen Abschreibung, die wir erst 2024 beschließen müssen, auf Kosten nachfolgender Generationen leben. Aber in dieser besonderen Lage müssen wir so verfahren, weil ansonsten die Gestaltungsrahmen auch für die nachfolgenden Generationen deutlich geringer werden. Wir müssen abwägen zwischen einer vertretbaren Belastung der nachfolgenden Generationen und der Erhaltung der Gestaltungsspielräume der Kommunen und des Kreises. Ob und über welchen Zeitraum wir die isolierten Beträge abschreiben, entscheiden wir in 2024.

Wir haben mit diesem Haushalt ein Zahlenwerk geschaffen, wo wir zum einen gute Rahmenbedingungen für unsere 19 Kommunen ermöglichen und zum anderen auch für den Kreis eine Handlungsfähigkeit erhalten. Und hier sind wir an einem Punkt, auf den ich zu Recht mit der GRÜNEN Brille ein wenig stolz blicken kann. Ich kann mich in den 21 Jahren nicht dran erinnern, dass wir als schwarz-grün so viele gute und wichtige Anträge zur Haushaltsberatung gestellt haben und fast alle fanden eine breite Zustimmung. Erlauben sie mir, einige besonders wichtige Anträge zu nennen:

In der Konsequenz unserer schwarz-grünen Linie zum Ausbau und Förderung des Radverkehr hatten wir in der letzten Wahlperiode bereits eine Priorisierung vom Ausbau von Radwegen an Kreisstraßen und die erforderliche personelle Ausstattung der Verwaltung auf den Weg gebracht. Diese Vorarbeiten versetzt uns jetzt in die Lage, bei der neuen Förderkulisse von Bund und Land mit rund 5 Mio. Euro Eigenmittel die Chance zu bekommen, in den nächsten 2 – 4 Jahren unsere Radwege an Kreisstraßen mit bis zu 50 Mio. Euro auszubauen. Das ist im Aufwand und der Realisierung eine Herausforderung, die wir gemeinsam mit der Verwaltung angehen wollen.

Weiter geht auch unsere konsequente Optimierung mit dem Ausbau des ÖPNV. Wir setzen als schwarz-grüne Koalition weiterhin auf einen Mobilitätswechsel und wollen deswegen auch den ÖPNV weiter stärken. Hier haben wir insbesondere die östlichen Kommunen im Blick. Mit der Forderung nach einem JOB-Ticket für alle Berufstätigen und einer Einführung des entfernungsabhängigen Tarifs als Regelangebot haben wir aber auch die tariflichen Ungerechtigkeiten im Blick.

Zusammenhalt in der Krise gilt aber auch für die Unterstützung unserer Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen. Auch hier machen sich die Folgen der Pandemie bemerkbar, und aus diesem Grunde haben wir auch hier insbesondere mit Mitteln der Sozialberatung wie auch anderen Zuschüssen erhöht und angepasst. Wir wissen als Koalition um die wichtige Arbeit, die hier geleistet wird, und gerade in der jetzigen Zeit ist diese Arbeit noch wichtiger als je zuvor.

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2021/2022

zur Kreistagssitzung am 18.03.2022



Ingo Steiner

Fraktionsvorsitzender DIE GRÜNEN IM KREISTAG RHEIN-SIEG

Mit der Einrichtung eines Klimaschutzfonds wollen wir eine CO2 Neutralität forcieren und neue Fördermöglichkeiten für ökologische Projekte schaffen. Wir stärken die erfolgreiche Arbeit der Energieagentur und begrüßen die Diskussionen in den linksrheinischen Kommunen, nun auch Mitglied der Energieagentur zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn noch viele gute, einzelne Anträge zu nennen wären, komme ich zum Ende. Dieser Doppelhaushalt hat auch noch viele Ungewissheiten. So hat das Land die sogenannten Orientierungsdaten, auf deren Basis der Kreis die Berechnungen für die Kreisumlage machen muss, aus unserer Sicht zu hoch und damit unrealistisch angesetzt. Doch auch dies haben wir als Koalition im Blick und - sollte es hier negative Veränderungen geben - so werden wir im Interesse der Kommunen nach möglichen Wegen suchen die zu erwartenden Mindereinnahmen auch zu isolieren.

Das Ziel von schwarz-grün ist es, dass auch 2023 und 2024 für unsere Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis noch Gestaltungsräume zu haben.

Wir meistern diese schwere Zeit gemeinsam mit den Kommunen und den Menschen in diesem schönen Rhein-Sieg-Kreis.

Herzlichen Dank,



Ingo Steiner

Haushaltsrede der SPD-Kreistagsfraktion zum Doppelhaushalt 2021 / 2022

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Frau Kreisdirektorin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine verehrten Damen und Herren,

wir befinden uns in ungewöhnlichen und herausfordernden Zeiten. Inmitten der größten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben wir als ehrenamtliche Kreistagsabgeordnete über den vorliegenden Doppelhaushalt 2021 / 2022 zu entschieden, der zudem auch der erste Haushaltsplan der neuen Wahlperiode ist. Der Kreishaushalt ist dabei mehr als ein Zahlenwerk – er ist das politische Steuerungsinstrument für die kommenden beiden Jahre und der Kompass unserer Kreispolitik.

Vorweg darf ich feststellen, dass der von der Kämmerin und dem Landrat vorgelegte Doppelhaushalt finanzpolitisch solide und verantwortungsvoll aufgestellt wurde. Im Namen der SPD-Kreistagsfraktion darf ich mich an dieser Stelle ganz besonders bei Frau Udelhoven und allen Mitarbeiter*innen der Kämmerei und der gesamten Verwaltung bedanken, die unsere Fragen zum Haushalt zügig und sehr umfassend beantwortet haben.

Wir möchten als SPD-Kreistagsfraktion an dieser Stelle auch der gesamten Belegschaft des Rhein-Sieg-Kreises danken. Die zurückliegenden 12 Monate der Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, wie wichtig eine funktionierende öffentliche Verwaltung ist. Bei aller Kritik an Kontaktpersonennachverfolgung und anderen Punkte lässt sich feststellen, dass die einzelnen Beschäftigten im Rhein-Sieg-Kreis ganz hervorragende Arbeit geleistet haben. Ihnen gebührt unser Dank für ihren Einsatz für unseren Rhein-Sieg-Kreis.

Kommen wir zurück zum vorliegenden Doppelhaushalt – solide Ja, zukunftsfähig Nein. Zwar werden Digitalisierung, Klimaschutz und Mobilitätswende als strategische Ziele des Kreishaushaltes benannt – der Mut für die notwendigen Entscheidungen fehlt der politischen Mehrheit in diesem Hause jedoch. Doch bleiben wir noch bei den strategischen Zielen: Wir stimmen als SPD zu, dass die Themen Digitalisierung, Klimaschutz und Mobilität wichtige Zukunftsfelder sind. Aus unserer Sicht fehlen hier jedoch die Zielfelder „bezahlbares Wohnen zur Miete und im Eigentum“ sowie „kommunale Wirtschaftsförderung“. Beide Themenkomplexe fordern unseren Kreis, unsere 19 Städte und Gemeinden und auch die Bürger*innen bereits heute. Und durch die Pandemie wird sich die Situation noch weiter zuspitzen: Steigende Mieten,

Wohnungsknappheit auf der einen Seite und eine schwierige wirtschaftliche Situation durch die Corona-Pandemie auf der anderen Seite erfordern eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Kommunalpolitik. Es ist für uns daher völlig unverständlich, dass die Dauerkoalition von CDU und GRÜNEN, die seit 1999 durchweg regiert, diese strategischen Zielsetzungen ablehnt. Eine Wirtschaftspartei CDU und um den sozialen Ausgleich bemühte GRÜNE finden wir im Rhein-Sieg-Kreis leider nur in den Kommunen vor Ort – nicht jedoch in der politischen Vertretung im Kreistag.

Als SPD-Kreistagsfraktion haben wir uns intensiv und ausführlich mit dem vorliegenden Zahlenwerk beschäftigt und unsere Vorschläge zum Doppelhaushalt 2021 / 2022 in Form zahlreicher Anträge vorgelegt.

Wir als SPD sagen JA... zur Mobilitätswende im Rhein-Sieg-Kreis

Erfreulich ist, dass in den letzten Jahren immer mehr Schnellbuslinien im Rhein-Sieg-Kreis entstehen. Unsere jahrzehntelangen politischen Forderungen haben sich durchgesetzt. Die Schnellbusse sind ein Erfolgskonzept, das die SPD für den Rhein-Sieg-Kreis erreicht hat. So ist auch positiv festzustellen, dass unsere drei Anträge zu zusätzlichen Schnellbuslinien einstimmig in diesen Beratungen beschlossen wurden.

Leider hören die erfreulichen Meldungen zum Bereich der Verkehrswende dann schon auf. Die Stärkung des Radverkehrs ist ein zentrales Element der neuen Mobilitätspolitik. Wir wollen die Prioritätenliste von Radwegen an Kreisstraßen bis 2030 vollständig umsetzen und das Radwegenetz damit spürbar verbessern. Hierzu Fördermittel von Land und Bund zu nutzen, ist richtig. Deshalb haben wir hierbei auch dem Antrag von CDU und GRÜNEN zugestimmt. Bedauerlich ist, dass man ab 2023 nicht bereit war, die notwendigen Mittel in die Finanzplanung einzustellen, damit der Ausbau bis 2030 abgeschlossen ist. Mit der ursprünglichen Planung der Verwaltung hätte der Ausbau bis 2047 gedauert. **Wir sagen JA, zur Stärkung des Radverkehrs in unserer Region.**

Auch beim Umsteigen auf den ÖPNV bleibt die Koalition von GRÜNEN und CDU stehen. Wir haben die Einrichtung von 1.000 neuen P+R Parkplätzen beantragt, damit das Umsteigen vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr einfacher und attraktiver wird. Der Kreis muss hier Taktgeber und Koordinator sein, damit das Projekt Verkehrswende insgesamt gelingen kann.

SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

Der Vorsitzende



Wir als SPD sagen JA...

zu mehr bezahlbarem Wohnen im Rhein-Sieg-Kreis

Als SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg sind wir seit vielen Jahren der politische Treiber, um mehr bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Sieg-Kreis zu schaffen. Während die ökologisch Konservativen das Wohnen im ländlichen Teil des Kreisgebietes als Lösung anbieten, wollen wir Menschen nicht aus ihrem gewohnten Lebensumfeld abschieben. Der Rhein-Sieg-Kreis muss Heimat für alle sein und Wohnen im gesamten Kreisgebiet bezahlbar sein. Zentraler Akteur ist für uns dabei die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises (GWG). Wir wollen, dass die GWG Rhein-Sieg mehr Verantwortung bei der Schaffung von öffentlich geförderten und mietpreisgedämpften Wohnungen übernimmt. Neben dem Neubau von Wohnungen ist dabei auch der Ankauf von Mehrfamilienhäusern in Betracht zu ziehen. Wir wollen deshalb, dass die GWG dem Kreistag eine Investitionsstrategie vorlegt, und dass die Gewinne der GWG nicht mehr in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum eingesetzt werden. Der Rhein-Sieg-Kreis hat eine Koordinations- und Steuerungsaufgabe. Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass der Kreistag hier endlich die nötige Verantwortung übernimmt.

Wir als SPD sagen JA...

zu einer Digitalisierungsstrategie für den Rhein-Sieg-Kreis

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich die Lücken in der digitalen Infrastruktur auf und offenbart gleichzeitig, welche Fortschritte beim mobilen Arbeiten, bei digitalen Entscheidungs- und Mitwirkungsprozessen möglich sind. Unsere Schulen stehen dabei besonders im Fokus. Als SPD wollen wir, dass alle Schulen im Rhein-Sieg-Kreis bis Ende 2021 mit Breitbandanschluss versorgt und mit WLAN in den Klassenzimmern ausgestattet sind. Auch wenn es hierzu der Mitwirkung der Versorger bedarf, so ist das politische Signal eines solchen Antrags wichtig. Das GRÜNE und CDU ein solches Signal nicht setzen wollen, bleibt für uns unverständlich.

Bereits im Mai 2020 haben wir den Antrag zur Einrichtung einer Stabsstelle Digitalisierung, einem Chief Digital Officer sowie einer Digitalisierungsstrategie vorgelegt. Gemeinsam mit den Freien Demokraten haben wir dies konkretisiert und erneut beantragt. Ergebnis: CDU und GRÜNE lehnen es ab. Zur großen Überraschung präsentiert der Landrat kurze Zeit später eine Umstrukturierung der Verwaltung, um das Thema Digitalisierung in der Amtsstruktur zu verankern. Wir begrüßen dies ausdrücklich. Bedauerlich ist jedoch, dass man seitens der Mehrheit in diesem Hause politischen Anträge wohl nicht zustimmen kann, wenn sie nicht auf dem eigenen Briefkopf gedruckt wurden. Unverständlich bleibt für uns, dass man die Digitalisierungsstrategie selbst nicht beschließen wollte. Wir bleiben am Thema dran und sind froh, dass einzelne Kommunen hier mit gutem Beispiel vorangehen, wie bspw. die Stadt Hennef mit Bürgermeister Mario Dahm.

Wir als SPD sagen JA... zur Förderung von Klima- und Umweltschutz

Das Thema „Klima- und Umweltschutz“ ist völlig zurecht als strategisches Ziel für den Doppelhaushalt 2021 / 2022 benannt. Die von der Koalition vorgelegten Anträge sind dabei gute Initiativen, die wir als SPD mit unserer Zustimmung zu einzelnen Anträgen gerne unterstützt haben. Manches kommt hierbei leider erst sehr spät. Die Einrichtung eines Klimaschutzfonds hat die SPD schon im letzten Jahrzehnt beantragt. Damals wurde dies von CDU und GRÜNEN abgelehnt und heute auf eigenem Briefbogen beantragt. Wir haben trotzdem gerne zugestimmt, weil es uns um die Sache geht

Mit unserem Antrag zu einem Klimaschutzpreis für jungen Menschen im Rhein-Sieg-Kreis möchten wir als SPD das Interesse und den Einsatz der jungen Generation für den Klimaschutz unterstützen und nachhaltig fördern. Dass ausgerechnet die GRÜNEN diese Initiative ablehnen, bleibt für uns als Sozialdemokrat*innen völlig unverständlich.

Ebenso haben wir den Ausbau der Energieberatung durch die Energieagentur beantragt, um die Bürger*innen im Kreis beim Thema Energieeinsparung und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen noch besser unterstützen und beraten zu können. Auch hier sind wir bei der Koalition von CDU und GRÜNEN wieder einmal auf Ablehnung gestoßen.

Zum guten Schluss unser Antrag zur Modifizierung des Klimaschutzkonzeptes für den Rhein-Sieg-Kreis. Wir wollen als SPD die Klimaneutralität und das Umweltbewusstsein im Rhein-Sieg-Kreis stärken und mit konkreten Maßnahmen voranbringen. Auch dieser Antrag wurde von CDU und GRÜNEN abgelehnt.

Klimaschutz konkret ist mit den GRÜNEN im Kreistag wohl nicht zu machen!

Wir als SPD sagen JA... zu einer Stärkung von Heimat-, Brauchtums- und Kulturpflege

Neben der Arbeitswelt ist auch das Vereins- und Kulturleben im Rhein-Sieg-Kreis besonders hart von der Pandemie betroffen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir unseren Antrag erneuert, die Vereine im Bereich der Heimat- und Brauchtumpflege mit 100.000 EUR zu unterstützen. Sterben die Bräuche, stirbt auch das Dorf. Leider hat die oftmals so heimatverbundene CDU im Kreistag hierfür keine Notwendigkeit gesehen.

Den rheinischen Kunstpreis, den wir ausdrücklich unterstützen, möchten wir um einen Nachwuchspreis ergänzen, um die Nachwuchskunstszene in unserem Kreis zu fördern. Junge Menschen für Kunst und Kultur zu begeistern und auch auszuzeichnen, ist uns ein wichtiges Anliegen – leider scheinbar auch nur der SPD im Kreistag.

Immerhin bei der Förderung von Schiedsrichter*innen konnten wir mit einem Prüfauftrag einen Teilerfolg erzielen. Der Fortführung des Programms „Ludwigs goes KiTa“ haben wir gerne zugestimmt – ein guter Antrag von CDU und GRÜNEN zur frühkindlichen musischen Bildung.

Wir als SPD sagen JA...

zu sozialem Zusammenhalt und gesellschaftlicher Teilhabe im Rhein-Sieg-Kreis

Wohnraumberatung, die Förderung von Frauen und Kindern in Not, die Unterstützung der Frauenhäuser, allgemeine Sozialberatung – all das sind Herzensanliegen für uns Sozialdemokrat*innen. Vor allem sind es aber auch Bereiche, in denen die Menschen, die diese Angebote in Anspruch nehmen, in der Krise doppelt leiden müssen. Die Vereine und Verbände, welche die vielfältigen Angebote im Rhein-Sieg-Kreis anbieten, leisten einen wertvollen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer HeimatKreis. Erfreulich ist, dass wir einen Teil der geplanten Kürzungen rückgängig machen konnten. Klar ist aber auch, dass die zusätzliche Stelle der Wohnraumberatung, die auskömmliche Förderung der Frauenhäuser oder der Ausbau der Queeren-Jugendarbeit wichtige Impulse für einen sozialen Rhein-Sieg-Kreis gewesen wären, dem sich CDU und GRÜNE versperrt haben – im wahrsten Sinne eine konservative Haltung.

Wir als SPD sagen JA...

zu einem familienfreundlichen Rhein-Sieg-Kreis

Homeschooling, geschlossene Schulen und KiTas – hinter den Familien liegt ein hartes und turbulentes Jahr und ein wirkliches Ende ist noch nicht in Sicht. Jeder Mutter und jedem Vater gebührt unser Dank für den individuellen Einsatz für die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Für uns Sozialdemokrat*innen gilt seit jeher: Bildung muss gebührenfrei sein - von der KiTa bis zur Hochschule. Das Land NRW entzieht sich hier leider der Verantwortung. Während die Regierung von Hannelore Kraft mit dem letzten beitragsfreien Jahr und Franziska Giffey mit den Mitteln für das weitere beitragsfreie Jahr den Weg der gebührenfreien KiTa möglich machten, erleben wir eine NRW-Landesregierung, die sich weiteren Entlastungen für Familien versperrt. Vor Ort gibt es zudem einen Flickenteppich an KiTa-Beiträgen. Weil wir verantwortungsvolle Finanzpolitik für Bürger*innen und die kommunalen Haushalte der Städte und Gemeinden machen, wollen wir in einem ersten Schritt die Beiträge für eine weitere Einkommensgruppe im Kreisjugendamt erlassen und gleichzeitig einen Moderationsprozess starten – mit allen 19 Städten und Gemeinden, mit dem Ziel, die Gebühren zu vereinheitlichen und perspektivisch im Solidarverbund abzuschaffen. Eine schwarze Null statt Entlastung der Familien ist allerdings die Politik von CDU und GRÜNEN im Kreistag.

Wir als SPD sagen JA...

zu einer nachhaltigen Finanzpolitik, die Kommunen und Bürger*innen entlastet

Die Bürgermeister*innen sowie die Kämmerer der 19 Städte und Gemeinden unseres lebens- und liebenswerten Kreises haben deutlich gemacht, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Bund und Land kommen ihrer Pflicht der auskömmlichen finanziellen Ausstattung der Kommunen nicht nach. Dieser Konsens, dass das strukturelle Defizit von Land und Bund übernommen werden muss, ist im Rhein-Sieg-Kreis nicht mehr vorhanden – wie sonst lässt es sich erklären, dass CDU und GRÜNEN einen Antrag der SPD im Finanzausschuss abgelehnt haben, der einen solchen Appell an Land und Bund richten sollte.

Auch der klaren Forderung, dass die Zuwendungen des Bundes für die Kosten der Unterkunft aus dem Jahr 2020 in diesem Doppelhaushalt an die Kommunen weitergereicht werden müssen, kann sich im Kreistag scheinbar nur die SPD anschließen.

Mit der Isolierung der coronabedingten Mehraufwendungen, einem globalen Minderaufwand von 1% des Gesamthaushaltes, der Weitergabe der KdU-Mittel haben wir Einsparpotentiale zum Kreishaushalt vorgelegt, die zu einer Reduzierung der Kreisumlage in 2021 auf 28% und in 2022 auf 31% führen würde. Dies wäre eine spürbare Entlastung der Kommunen gewesen und könnte vielerorts die Erhöhung der Grundsteuer B deutlich abfedern. **Unsere Vorschläge zum Doppelhaushalt sind daher eine konkrete Entlastung für die Bürger*innen im Rhein-Sieg-Kreis.** Auch hier konnten wir die schwarz-grüne Koalition nicht überzeugen.

Solange Land und Bund uns nicht helfen, müssen wir als Kreistag uns in unseren Wünschen und Ausgaben beschränken. Wir können die Kommunen nicht immer weiter zur Kasse bitten und damit direkt zur nächsten Grundsteuererhöhung in der Stadt oder Gemeinde beitragen. Wir als Politiker*innen im Kreistag haben Verantwortung für nachhaltige Finanzen im Kreis, aber eben auch in den Städten und Gemeinden. Die Grundsteuer ist eine unsoziale Steuer und das Finanzierungsproblem muss über ein gerechtes Steuersystem im Bund gelöst werden. Unser Vorschlag, den Hebesatz der Kreisumlage auf 32 % bis 2025 festzuschreiben, fand leider keine Mehrheit. Wir wollten den Kommunen gerne diese Planungssicherheit geben.

Wir als SPD sagen Ja...

zu einem Rhein-Sieg-Kreis von Morgen der sozial, digital, nachhaltig und gerecht ist.

Das haben wir mit unseren Anträgen zum Doppelhaushalt unter Beweis gestellt. Klare Schwerpunkte und gleichzeitig nachhaltige Finanzpolitik für die Städte und Gemeinden und zukünftige Generation. Wir Sozialdemokrat*innen machen Finanzpolitik, die den Rhein-Sieg-Kreis zur Heimat für alle macht.

Wir als SPD sagen Nein...

zu einem zukunfts- und mutlosen Doppelhaushalt 2021 / 2022

Während den gesamten Haushaltsberatungen mussten wir feststellen, dass parteipolitisches Taktieren der Koalition und das Erreichen der schwarz-grünen Silberhochzeit wichtiger ist, als zukunftsorientierte und mutige Haushaltspolitik für den Rhein-Sieg-Kreis von Morgen.

Wir müssen feststellen, dass politische Anträge scheinbar nur dann „gut“ sind, wenn sie auf dem Briefpapier von CDU und GRÜNEN geschrieben wurden. Gute SPD-Anträge müssen entweder verändert, abgeändert und mit zeitlichem Abstand auf eigenem Briefpapier neu geschrieben werden. Für uns als SPD-Kreistagsfraktion kein Zeichen vom Willen nach konstruktiver, inhaltlicher Zusammenarbeit für den Rhein-Sieg-Kreis von Morgen.

Wo Digitalisierung, Klimaschutz und Mobilität draufsteht, ist dies leider nur in Ansätzen drin. Strategische Ziele sind erkannt, konkrete – von uns beantragte Maßnahmen – wurden abgelehnt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Rhein-Sieg-Kreis stark aus der Krise führen. Wir wollen einen sozialen, digitalen, nachhaltigen und gerechten Rhein-Sieg-Kreis. Um dies in konkrete Politik umzusetzen, haben wir die notwendigen Anträge zu diesem Kreishaushalt vorgelegt. Die große Mehrheit unserer Ideen für einen modernen, innovativen und sozialgerechten Rhein-Sieg-Kreis wurden von CDU und GRÜNEN abgelehnt. Der Kreishaushalt bleibt somit das, was er vor Beginn der Beratungen war: Ein solides Zahlenwerk, dem aber Mut zur Zukunft fehlt. Wir lehnen als SPD-Kreistagsfraktion daher den Doppelhaushalt 2021 / 2022 ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Koch, Vorsitzender der FDP-Fraktion Rhein-Sieg:

Rede zum Haushalt 2021/2022 des Rhein-Sieg-Kreises

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

es sind besondere Zeiten, in denen wir uns befinden. Seit über einem Jahr hat uns die Corona-Pandemie im Griff und bestimmt das Leben in unserer Gesellschaft. Vielen Menschen, auch in unserem Kreis, in unserer Nachbarschaft, in unseren Familien und Freundeskreisen leiden in dieser Krise:

- Sie leiden körperlich, weil sie am Virus erkranken, mit Langzeit-Folgen zu kämpfen haben oder sogar an ihrer Infektion versterben.
- Sie leiden seelisch, weil ihnen die Hoffnung, die Lebensfreude und soziale Kontakte genommen sind.
- Sie leiden wirtschaftlich, weil die Krise und der Dauer-Lockdown ganze Branchen im Griff haben und Existenzen vernichten.

Es leiden auch die Bildungschancen der Kinder, die nicht die Förderung und Betreuung bekommen, die sie benötigen. Es leiden Vereine, Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft, wenn das soziale Leben brach liegt. Und an dieser Stelle sei erwähnt: Es leidet und ächzt auch unser politisches System.

Ein kontaktloser Kommunalwahlkampf mit Abstand, der größtmögliche Verzicht auf Präsenzveranstaltungen und politische Diskussionen vor der Videokamera oder mit Maske bestimmen unser gemeinsames Ehrenamt. Es gibt Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag oder sachkundige Bürger unserer Fraktion, deren Gesicht ich noch nie ohne Maske gesehen habe. Für unsere politische Kultur ist der aktuelle Zustand gefährlich. Zum bestimmenden Gedanken der Kommunalpolitik wird nicht der Wettstreit um das beste Argument, sondern das disziplinierteste Sitzungsmanagement mit dem geringsten Ansteckungsrisiko.

Und trotzdem: Es ist gut und richtig, dass wir uns an all diese Regeln halten und es ist auch angemessen, dass wir heute nur schriftliche Haushaltsreden einbringen. Und dennoch fühlt es sich verkehrt an, eine Rede zu schreiben, die man niemals halten wird. Gerne hätte ich Ihnen und der Öffentlichkeit persönlich vorgetragen, warum die FDP-Fraktion im Kreistag heute dem Haushalt für die Jahre 2021 und 2022 zustimmen wird.

Dieser Haushalt entlastet die Kommunen

Unsere Städte und Gemeinden kämpfen seit vielen Jahren um ausgeglichene Haushalte und leiden durch wegfallende Steuereinnahmen und steigende Kosten massiv unter der Corona-Krise. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen haben wir hier einen Schwerpunkt gesetzt und für den Kreis überschaubare finanzielle Risiken in Kauf genommen, um die Kreisumlage in dieser schwierigen Situation nochmals zu senken. Wir nutzen Spielräume, die uns das Land einräumt und halten dabei Maß und Mitte.

Diese Entlastung ist ein starkes Signal an die Städte und Gemeinden. Sie ist allerdings nur möglich, weil der Kreis in den vergangenen Jahren solide gewirtschaftet hat. Und genau darum verbietet es sich auch, die Entlastungsventile jetzt noch weiter aufzudrehen. Auch der Kreis selbst muss finanziell solide bleiben, damit er in den kommenden Jahren weiter ein starker Partner in der kommunalen Familie bleiben kann.

Es ist und bleibt daher richtig, dass sparsame Haushaltsführung und ein kritischer Blick auf alle Ausgaben des Kreises auch in Zukunft eine große Rolle spielen werden. In diesem Sinne würden wir uns wünschen, dass Angebote für interkommunale Zusammenarbeit von den Kommunen stärker angenommen werden. Bürgermeister, die über finanzielle Lasten klagen, müssen auch hinterfragen, ob sie wirklich jede einzelne Dienstleistung selbst mit ihrer Verwaltung erbringen müssen oder ob es nicht effizienter wäre, über die eigene Stadtgrenze hinaus intensiver zusammenzuarbeiten.

Auch die Kreisverwaltung selbst wollen wir bei diesem wichtigen Effizienz-Thema zu größerem Engagement motivieren. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn ist sicherlich nicht immer einfach, aber das überraschend große Team im Büro der neuen Bonner Oberbürgermeisterin wird hoffentlich auch Zeit für mehr Zusammenarbeit zwischen Kreis und Bundesstadt finden. Auch wenn es dicke Bretter sind: Das Engagement für dieses Thema lohnt sich und wird uns in der gesamten Wahlperiode begleiten.

Investitionen in die Zukunft

In den kommenden beiden Jahren investiert der Rhein-Sieg-Kreis massiv in seine Zukunft. Von neuer Technik für die Feuerwehr über Schulgebäude bis hin zu Radwegen – das Geld fließt in viele wichtige Projekte. An dieser Stelle soll keine umfassende Auflistung aller Maßnahmen und Projekte folgen, die uns am Herzen liegen oder für die wir uns stark gemacht haben.

Ich möchte nur auf ein einziges Thema hinweisen, für das wir als FDP brennen und das die wichtigste Investition für unsere Zukunft ist: Die Digitalisierung des Rhein-Sieg-Kreises.

Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir Druck gemacht und sind froh und stolz, dass der Rhein-Sieg-Kreis nun ein eigenes, schlagkräftiges Amt für Digitalisierung bekommt. Wenn die Vision einer digitalen Vorzeigeregion zur Realität werden soll, darf der Kreis seine Chancen nicht verspielen. Die Herausforderungen, die auf uns warten, sind gewaltig:

- Digitale Infrastruktur, schnelles Internet per Kabel und Funk, sind leider immer noch nicht flächendeckend Realität. Während einzelne Städte sich über Glasfaser und 5G freuen, sind andere Bereiche des Kreises mit Kupferkabeln und Funklöchern gestraft. Der großflächige Ausbau dieser Netze muss schneller funktionieren, einzelne Pilotprojekte reichen nicht aus.
- Auch bei der Digitalisierung der Verwaltung ist noch viel zu tun. Für viel zu viele Bürger-Dienstleistungen wie das Anmelden eines Autos braucht man weiterhin einen Vor-Ort-Termin. Auch der Papierverbrauch im Kreishaus ist immens. Das Zeitalter der ausgedruckten E-Mail sollte langsam nun wirklich vorbei sein und auch die vielen Medienbrüche zwischen digitalen und analogen Prozessen müssen im Jahr 2021 nicht mehr sein.
- Eines der Corona-Trendwörter ist sicherlich „Homeoffice“ und zumindest diesen positiven Effekt hatte die Pandemie: Auch der Rhein-Sieg-Kreis als Arbeitgeber ist inzwischen deutlich moderner und bietet dank digitaler Möglichkeiten attraktivere Arbeitsplätze an. Für Menschen mit Kindern oder einem weiten Weg bis nach Siegburg wird der Kreis als Arbeitgeber deutlich interessanter. Auf diesem Weg gilt es mutig weiter voranzugehen, denn auch hier kann der Rhein-Sieg-Kreis zum Vorbild für andere Behörden werden.
- Als attraktive Region zwischen Köln und Bonn kann der Rhein-Sieg-Kreis auch ein fruchtbares Ökosystem für Start-ups und die Digitalwirtschaft werden. Denken wir groß, nehmen wir uns gerne die Westküste der USA zum Vorbild. Die meisten Digital-Konzerne sitzen nicht in San Francisco, sondern in den Orten des Umlands, im Silicon Valley. Wir haben alle Chancen, um

für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts attraktiv zu sein. Auch hier versprechen wir uns von einem Amt für Digitalisierung in Verbindung mit der Wirtschaftsförderung mehr Schwung und Mut für neue Ideen.

Es ist noch viel zu tun

Dieser Haushalt setzt mit der Entlastung der Kommunen und den Investitionen in die Zukunft die richtigen Schwerpunkte. Zu Beginn dieser Wahlperiode lässt sich jedoch auch festhalten: Wir befinden uns erst am Beginn einer Reise, die uns noch viel Mühe und in den kommenden Jahren auch weitere Investitionen kosten wird. Die umfassende Digitalisierung unseres Kreises ist nur eine der Baustellen, um die wir uns mit hoher Priorität kümmern müssen.

Der Rhein-Sieg-Kreis sollte sich weiterhin als Teil der Wirtschafts- und Wissenschaftsregion Bonn/Rhein-Sieg profilieren. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass der Bund seine Zusagen einhält und die Leuchttürme aus alten Hauptstadtzeiten auch in Zukunft noch strahlen werden. Wir müssen gemeinsam mit Bonn neue Leuchttürme bauen und selbstbewusst unsere Stärken definieren.

Unsere Verkehrsnetze atmen noch den Geist des 20. Jahrhunderts. Investitionen in den Neu- und Ausbau von Schienen, Straßen und Wege sind natürlich notwendig, aber was hindert uns daran, beim Ausbau von App-basierten Bedarfssystemen, Sharing-Angeboten oder innovativen Verkehrsmitteln wie Wassertaxis oder Seilbahnen mutig voranzuschreiten? Der Rhein-Sieg-Kreis mit seiner Mischung aus urbanen und ländlichen Räumen könnte mit klugen Ideen und Konzepten eine Blaupause für das gesamte Land werden.

Stärken müssen wir in den nächsten Jahren das Gesundheitsamt, denn obwohl der Rhein-Sieg-Kreis noch vergleichsweise gut durch die Pandemie kommt, haben sich bei den organisatorischen Abläufen, bei der Digitalisierung und bei der Anzahl der Mitarbeiter Schwachstellen gezeigt, die im laufenden Pandemiegesehen kaum zu bewältigen sind. Hier muss nach der Pandemie unbedingt eine Manöver- und Aufgabenkritik her, denn Covid19 war sicherlich nicht der letzte Stresstest für unser Gesundheitssystem.

Ein guter Auftakt in die Wahlperiode

Trotz der Corona-bedingten Schwierigkeiten ist der Doppelhaushalt 2021/2022 ein guter Auftakt in die aktuelle Wahlperiode des Kreistags. Mit diesem Haushalt setzen wir die richtigen Weichen für einen besseren Rhein-Sieg-Kreis, der die Kommunen entlastet, in seine Zukunft investiert und auch die Augen nicht vor den Herausforderungen verschließt, die noch vor uns liegen.

Dass wir diesen Haushalt so konzentriert und gewissenhaft beraten und heute beschließen konnten, verdanken wir auch den fleißigen Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Die Kreiskämmerin Svenja Udelhoven und ihr Team haben einen verlässlichen Plan eingebracht, unsere Fragen schnell und ausführlich beantwortet und die Anträge zügig umgesetzt. Den Dank möchte ich an dieser Stelle gerne auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rhein-Sieg-Kreises ausweiten, die in schwierigen Zeiten mit vollem Engagement bei der Sache sind.

Für die gemeinsamen Initiativen, aber auch für den konstruktiven Streit um die besten Ideen danke ich den Fraktionen von CDU, Grünen und SPD sowie dem Landrat, der aus der von der FDP gewünschten Stabsstelle für Digitalisierung gleich ein ganzes Amt gemacht hat. In der Fastenzeit wäre nun eigentlich das Bibelzitat angemessen, dass wir den Landrat an seinen Taten und nicht an seinen Worten erkennen sollten. In diesen schwierigen Zeiten möchte ich aber nicht das Haar in der Suppe suchen, sondern schließe meine Rede liberal-optimistisch mit Marcus Tullius Cicero:

„Aus kleinem Anfang entspringen alle Dinge.“



AfD-Kreistagsfraktion - Kreishaus - Kaiser-Wilhelm-Platz 1 - 53721 Siegburg

An den Landrat
des Rhein-Sieg-Kreises
Herr Sebastian Schuster

AfD Kreistagsfraktion Rhein-Sieg
Kaiser-Wilhelm-Platz 1
53721 Siegburg
Tel.: 49 (0) 2241/13-3620
Fax: 49 (0) 02241/13-5342
E-Mail: afd@rhein-sieg-kreis.de
Internet: <http://www.afd-fraktion-rhein-sieg.de>

Im Hause

Siegburg, den 17.03.2021

Stellungnahme zum Doppelhaushalt 2021 / 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

der Haushalt des Rhein-Sieg-Kreises, mit einem Volumen von ca. € 800 Mio. für 2021 und ca. € 850 Mio. für 2022, ist defizitär und muss durch Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage in 2021 und 2022 mit jeweils ca. € 20 Mio. ausgeglichen werden.

Aus dem umfangreichen Zahlenwerk und den hierzu erhaltenen Erläuterungen seitens der Verwaltung erschließen sich nicht die prognostizierten Ergebnisrechnungen für den Doppelhaushalt.

Bereits für den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2020 sind prognostizierte Risiken enthalten, die das Ergebnis für 2020 signifikant verschlechtern können.

Eine derartige Verschlechterung der Haushaltsituation ist aus Sicht der AfD ein inakzeptabler Umstand, sofern der Haushalt nicht zumindest ausgeglichen ist und eine dem verbleibenden Restrisiko angemessene finanzielle Rücklage vorhanden ist. Auch für den Doppelhaushalt 2021/2022 werden weitere Risiken prognostiziert, welche weder ausreichend qualifiziert noch im erforderlichen Volumen quantifiziert sind. Dies ist aus unserer Sicht unverantwortlich!

Alle Prognosen der Haushaltsplanungen bis ins Jahr 2025 gehen durchweg von defizitären Haushalten aus. Höchst fraglich erscheinen die abweichenden Prognosen für die Jahre 2021 und 2022, mit jeweils einem Jahresverlust von ca. € 20 Mio., im Verhältnis zu den prognostizierten Verlusten der Jahre 2023 (€ -7 Mio.), 2024 (€ -3 Mio.), 2025 (€ -3 Mio.). Warum die Prognosen die zu erwartenden Verluste des Haushalts, um 65% - 85% reduzieren können, erschließt sich uns nicht.

Das Eigenkapital des Rhein-Sieg-Kreises sinkt von ca. € 110 Mio. im Jahr 2019 auf € 68 Mio. im Jahr 2025, was eine Reduktion um 38% entspricht. Im Jahr 2025 soll also einem prognostizierten Haushalt von ca. € 930 Mio. nur noch ein Eigenkapital von ca. € 68 Mio. entgegenstehen. In Anbetracht des globalen Finanzmarktes und seiner prognostizierten steigenden Zinsentwicklung für die kommenden Jahre, eine verheerende Entwicklung für die Gestaltungsmöglichkeiten des Rhein-Sieg-Kreises und seiner Kommunen.

Der Rhein-Sieg-Kreis hat ganz offensichtlich ein finanziell-ideologisches Ausgabenproblem, welches sich in einer unangemessenen Prioritätenfestsetzung der erklärten Zielfelder manifestiert.

Wie extrem sich diese falsche Prioritätensetzung auswirkt, kann man z.B. an der Gewichtung der Digitalisierung für kreiseigene Strukturen im Verhältnis zu den geplanten Investitionen in Radwege oder Elektrobusse festmachen.

Hier scheinen die im Rhein-Sieg-Kreis für dieses Thema Verantwortlichen nicht über die entsprechend erforderlichen Instrumente und Rahmenbedingungen zu verfügen, um die mit der Digitalisierung einhergehenden kommunikations- und arbeitstechnischen Effizienzmöglichkeiten des 21. Jahrhunderts zu erkennen und diese prioritär und zeitnah herzustellen. Auch im aktuellen Haushalt sind für eine dringend erforderliche professionelle Digitalisierungsstruktur völlig unzureichende Finanzmittel berücksichtigt.

Die Einnahmesituation des Rhein-Sieg-Kreises ist schwierig und wird durch weitere Risiken belastet! Wie in den Rückmeldungen der Kommunen zur Herstellung des Benehmens bzgl. der Festsetzung der Kreisumlage und auch in den Beratungen des Finanzausschusses seitens der Vertreter der Kommunen geäußert wurde, kann der defizitäre Haushalt des Rhein-Sieg-Kreises nicht durch beliebige Erhöhung der Kreisumlage gegenfinanziert werden.

Die kommunalen Haushalte werden, auch mit Blick auf das Finanzgebaren in der Landes- und besonders Bundespolitik, gezwungen sein, nicht nur dringende notwendige kommunale Leistungen zurückzunehmen, sondern tlw. auch nicht mehr imstande sein die originären kommunalen Aufgaben zu erfüllen.

Gerade auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Probleme, die aus den politischen Maßnahmen der Corona-Bekämpfung resultieren, halten wir es für dringend geboten, die Ausgaben des Kreises bereits im vorliegenden Doppelhaushalt deutlich zu verringern. Ausgaben sollten sich in dieser schwierigen Zeit nur auf die unbedingt notwendigen Aufgaben beschränken.

Die AfD ist der Auffassung, dass die geplanten Ausgaben des Rhein-Sieg-Kreises grundsätzlich die Einnahmen nicht übersteigen dürfen und eine konsequente Konsolidierung der Ausgaben erfolgen muss, um zukünftige Gestaltungsfähigkeiten zu bewahren.

Weil die aktuelle finanzielle Haushaltsentwicklung für 2021 und 2022 unkalkulierbare Risiken beinhaltet und auch nicht ersichtlich ist, dass Maßnahmen für eine positive Haushaltsentwicklung enthalten sind, lehnt die AfD den Doppelhaushalt 2021/2022 in der vorliegenden Form ab.

Mit freundlichen Grüßen

AfD Fraktion im Rhein-Sieg-Kreis

f.d.R. Fraktionsgeschäftsführer



Anlage 6 zu Vor 5

DIE LINKE.
Kreisfraktion Rhein-Sieg

LINKSFRAKTION.RHEIN-SIEG, Kaiser-Wilhelm-Platz 1, 53721 Siegburg

LINKSFRAKTION.RHEIN-SIEG
Fraktionsvorsitzender
FRANK KEMPER
Schmelztalstr. 6
53809 Ruppichteroth
Telefon 0176 / 20719163
frankkemper@web.de
www.linksfraktion-rhein-sieg.de

Siegburg, den 18.03.2021

Liebe Bürger*innen, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich zum Haushaltsplan der nächsten zwei Jahre komme, ein paar Worte zur

Gegenwart: Die aktuelle Situation schafft viele Unzufriedenheiten. Die

Pandemiebekämpfung kommt nicht so schnell voran, wie wir das hoffen, immer noch ist

weder genug Impfstoff vorhanden, noch sind ausreichend Schnelltests verfügbar. Ein

weiterer Lockdown droht. Viele Menschen stehen vor massiven finanziellen Problemen, die

Psyche wird durch die sozialen Einschränkungen extrem belastet. Da liegt es nahe, der

berechtigten Unzufriedenheit freien Lauf zu lassen.

Meist trifft das aber die falschen. Selbstverständlich gab es in der Pandemiebekämpfung

Fehler, auch in der Kreisverwaltung. Wir haben das entsprechend kritisiert. Das ändert

aber nichts an der Tatsache, dass die Mitarbeiter*innen der Verwaltung täglich alles tun,

um der Situation gerecht zu werden. Das wird ihnen gerade jetzt von Bund, Land und den

Umständen nicht leicht gemacht. Wir sehen es gerade nahezu täglich an den Impfzentren,

nicht nur im Rhein-Sieg-Kreis. Die Situation ist nicht hinnehmbar, aber nicht hier im Kreis verursacht, nur: Hier müssen die Betroffenen ausbaden, was woanders verbockt wurde.

Und darum möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Mitarbeiter*innen der Verwaltung bedanken. Das was Ihnen derzeit abverlangt wird, ist schon viel, aber sie legen noch eine Schippe drauf, obwohl Ihnen gelegentlich Knüppel zwischen die Beine geworfen werden: **DANKE**

Einen Haushalt inmitten einer Pandemie zu verabschieden, einer Pandemie die begleitet wird von der stärksten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, das ist schon eine Herausforderung. Schließlich müssen wir damit rechnen, dass alle Prognosen sich am Ende als Kaffeesatzleserei herausstellen.

Dass dennoch wieder ein Doppelhaushalt verabschiedet werden soll, erfüllt unserer Ansicht nach, nicht die Anforderungen an eine seriöse Haushaltsplanung. Und doch haben wir dieses mal keinen Antrag gestellt, um wieder zu einem einjährigen Haushalt zurückzukehren. Zweimal haben wir das in der Vergangenheit versucht und beide Male keine Mehrheit erhalten. Unsere Haltung dürfte also bekannt sein.

Aber auch, wenn wir von der Gültigkeitsdauer absehen, kommen wir zu einem Fazit:

DIESER HAUSHALT IST RADIKAL UNSOZIAL UND FÜR UNS NICHT ZUSTIMMUNGSFÄHIG.

Für dieses vernichtende Urteil gibt es gute Gründe:

Kommen wir zur **GESUNDHEITSVERSORGUNG**: Krankenhausabteilungen werden geschlossen, ganze Krankenhäuser stehen auf der Kippe, auf dem Land wird der Ärztemangel trotz diverser Maßnahmen immer größer. Und schon vor der Coronakrise hat das Rechnungsprüfungsamt des Rhein-Sieg-Kreises festgestellt, dass die Arbeit des Kreisgesundheitsamtes massive Mängel in der Hygienekontrolle aufweist. Diesen nicht-öffentlichen Bericht habe ich veröffentlicht. Dafür wurde mir ein Ordnungsgeld in Höhe von 250,- € auferlegt.

DIE LINKE im Kreistag will sich mit dem Abbau der Gesundheitsversorgung nicht zufriedengeben. Wir hatten beantragt eine Studie erstellen zu lassen. Damit sollte geprüft werden, wie sich der Abbau der Gesundheitsversorgung stoppen lässt, ob der Kreis beispielsweise Kliniken selber übernehmen und Landärzte selber anstellen kann. Unser Antrag wurde abgelehnt, in der Begründung hieß es, man müsse schon sehr kreativ sein, einen solchen Vorschlag zu machen.

Welchen Plan aber hat die Koalition aus CDU und Grünen um die Gesundheitsversorgung im Kreis sicherzustellen? Mit einem Wort: Keinen.

Stattdessen verweisen sie auf Land und Bund. Das ist nicht ganz falsch: Das Land verantwortet den Krankenhausbedarfsplan, den zwar noch die SPD und die Grünen aufgestellt haben, der aber von der CDU/FDP Landesregierung weiterverfolgt wird. Die

Fallpauschalen, hat der Bund 2005 in Verantwortung von SPD und Grünen beschlossen. Bis heute hält auch die regierende CDU daran fest.

Der gemeinsame Nenner lautet SPD und CDU: Auf allen Ebenen ist es besonders die CDU, die die Privatisierung und den Abbau der Gesundheitsversorgung vorantreibt. Und da wo es möglich ist, nehmen dann einige der Verantwortlichen auch gleich noch ein paar Hunderttausend Euro als Beraterhonorare oder Provisionen mit. Da sind sie dann auch ganz besonders kreativ.

Wir stellen also fest: DIESER HAUSHALT BEINHÄLTET KEINEN PLAN ZUR AUFRECHTERHALTUNG DER GESUNDHEITSVERSORGUNG IM RHEIN-SIEG-KREIS.

Seit Jahren ist bekannt, dass im Kreisgebiet viel zu wenige bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Mittlerweile ist das Problem, zumindest für die ärmeren Teile der Bevölkerung, zu einer ausgewachsenen **WOHNUNGSNOT** geworden.

Dabei besitzt der Kreis, zusammen mit einigen der Kommunen, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft. Die Linksfraktion hat beantragt, diese Gesellschaft massiv zu stärken. Die SPD hat einen Änderungsantrag zu unserem Antrag gestellt, den wir mitgetragen haben. Das Ziel blieb das gleiche.

Auch dies wurde abgelehnt. Aber nicht nur das, nicht einmal das Geld, welches von der GeWo erwirtschaftet wird, soll sie wieder in den Wohnungsbau investieren dürfen. Mehr als 700.000,- € Gewinn soll die GeWo jedes Jahr an die Kreisholding abführen.

Dafür wird ein Förderprogramm von 150.000,- € aufgelegt. Dies soll privaten Investoren zugutekommen, die sich 20 Jahre lang verpflichten, ihre damit geschaffenen Wohnungen sozial Benachteiligten zur Verfügung zu stellen.

Da fragen wir CDU und Grüne: Schämen Sie sich denn gar nicht mehr? Wollen Sie die Menschen verhöhnen?

Sie nehmen 720.000,- € Gewinn aus der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft und rühmen sich damit, dass sie 150.000,- € an private Investoren geben, die damit nur für 20 Jahre gebunden sind und die verfügbaren Grundstücke der GeWo wegkaufen.

Offensichtlich haben CDU und Grüne hier einen Plan: Nämlich Reiche reicher zu machen und dafür hinzunehmen, dass Arme noch ärmer werden.

EINEN PLAN ZUR BEKÄMPFUNG DER WOHNUNGSNOT IST DAS ALLERDINGS NICHT.

Kommen wir zu einem anderen Punkt: Die **SOZIALE INFRASTRUKTUR** im Rhein-Sieg-Kreis.

Unzählige von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sind täglich im Einsatz. An den Tafeln, sie beraten Menschen in schwierigen Lebenssituationen, sie erledigen Einkäufe und vieles mehr. Darüber hinaus gibt es auch Hilfsorganisationen, die die vielen Aufgaben nicht mehr allein mit ehrenamtlichen bewältigen können, sie arbeiten mit Angestellten, um den Betroffenen bestmögliche Hilfe anbieten zu können.

All das kostet Geld. Und so wenden sich diese Organisationen zu den Haushaltsberatungen an den Kreistag, um Zuschüsse, manchmal auch eine Erhöhung der Zuschüsse, für ihre Arbeit zu beantragen. So war es auch in diesem Jahr. Und dabei gab es ein Muster von Seiten der Mehrheitsfraktionen: Die Arbeit wurde hoch gelobt, die finanziellen Zuwendungen aber so knapp wie möglich gehalten. Ausgerechnet am Weltfrauentag lehnte der Ausschuss für Integration und Gesundheit so einen Antrag zur Erhöhung des Zuschusses zur Schwangerschaftskonfliktberatung ab. Dieser Zuschuss wird seit 20 Jahren in der gleichen Höhe, nämlich 150.000,- € bezahlt. Die jetzt beantragte Erhöhung lag dabei noch unter dem, was im Laufe der Jahre Inflationsbedingt aufgelaufen ist. Statt den beantragten 226.000,- € wurden am Ende nur 158.000,- € bewilligt. Berücksichtigen wir also die Inflation so wird dieser Zuschuss seit 20 Jahren faktisch gekürzt. Auch die Tafeln bekommen seit 2019 einen kleinen Zuschuss: 10.000,- € pro Jahr, um die Müllgebühren begleichen zu können. DIE LINKE hatte hier im Kreistag jahrelang dafür gekämpft. Nun haben sie eine Erhöhung auf 12.000,- € beantragt, wohlgermerkt für alle Tafeln im Rhein-Sieg-Kreis zusammen. Auch dies wurde abgelehnt.

Haushaltsrede, von Frank Kemper (Linksfraktion) zur Verabschiedung des Haushaltsplans des Rhein-Sieg-Kreises 2021/2022, Seite 8 von 12 Seiten.

Eigentlich ist es eine Schande, dass wir uns über einen Betrag von 10.000 Euro und eine Erhöhung auf 12.000,00 Euro unterhalten müssen. Aber bei dieser unheilvollen Allianz aus Schwarz und Grün, die scheinbar beide nicht mehr für die unteren 10.000 zuständig sind, wundert uns kaum noch etwas. Dabei tragen die Tafeln im Rhein-Sieg-Kreis ihre kompletten sonstigen Kosten selber, d. h. aus Spenden. Woanders werden ihnen von den Kommunen beispielsweise kostenfrei Räume zur Verfügung gestellt.

Es gibt weitere solcher Beispiele, zusammenfassend ist festzustellen, dass CDU und Grüne die Helfer*innen gerne beklatschen aber bei den Finanzen mehr als knauserig sind.

Dabei wäre gerade jetzt ein Ausbau der sozialen Infrastruktur dringend notwendig.

Auch hier müssen wir also feststellen: **DIESER HAUSHALTSPLAN IST KEIN PLAN ZUM AUSBAU DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR.**

Irgendwann muss den Grünen aufgefallen sein, dass sie Teil der Mehrheitskoalition sind. Bis dahin gab es nur einen Antrag der Fraktionen, der mit viel gutem Willen, als **BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ** gelesen werden kann: Nämlich der Ausbau von Radwegen, aber nur, wenn 80% der Kosten von anderen Stellen übernommen werden.

Offenbar fehlte es aber an Ideen. Zwar hat DIE LINKE in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, die den ÖPNV stärken und am Ende zu einem kostenlosen Nahverkehr führen sollten. Aber so etwas ist für die CDU, aber auch für die Grünen im Kreistag undenkbar, ja geradezu Teufelszeug.

So wurde dann, wohl in Ermangelung anderer Ideen, ein Klimaschutzfond beschlossen.

EIN PLAN ZUM KLIMASCHUTZ IST DAS NUN WIRKLICH NICHT.

An einer Stelle aber gibt es einen Plan: Nämlich beim Ausbau des Ordnungsaußendienstes des Kreises. Hier sollen zwei zusätzliche Stellen für 90.000,- € im Jahr geschaffen werden. Dafür werden klar überprüfbare Ziele erwartet: Im Klartext: Es sollen mehr Ordnungsgelder verhängt werden. Damit soll gegen die Vermüllung der Landschaft vorgegangen werden. Darüber hinaus soll eine Ordnungspartnerschaft mit der Landesforstverwaltung angestrebt werden, geprüft werden soll der Einsatz von Rangern. Das ist ein klarer Plan hin zu mehr autoritärem Auftreten. Ginge es wirklich nur um den Landschaftschutz, wäre es wohl weit wirkungsvoller gewesen den Betrag zu nutzen, um mehr Aufklärungsarbeit, z. B. an Schulen zu leisten.

DAS FAZIT ALSO LAUTET:

DIESER HAUSHALTSPLAN IST ...

- **KEIN PLAN IN SACHEN GESUNDHEITSVERSORGUNG**
- **KEIN PLAN BEZÜGLICH DER WOHNUNGSNOT**
- **KEIN PLAN ZUM AUSBAU DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR**
- **UND AUCH KEIN PLAN ZUM KLIMASCHUTZ**

EINEN SOLCHEN HAUSHALTSPLAN KANN DIE LINKE IM KREISTAG NUR ABLEHNEN, ER IST RADIKAL UNSOZIAL.

Frank Kemper, Vorsitzender der Linksfraktion.Rhein-Sieg am 18.03.2021

Diese Haushaltsrede wird aufgrund der Pandemiesituation zu Protokoll gegeben.

Volksabstimmung Aulape 7m TOP 5

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 18.03.2021

An den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kaiser-Wilhelm-Platz 1
53721 Siegburg

**Sitzung des Kreistages am 18.03.2021, TOP 5.2 Haushalt 2021/2022, TOP 5.3 Stellenplan
Haushaltsrede des Kreistagsabgeordneten Dr. Helmut Fleck, Volksabstimmung**

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

als Vertreter der „Volksabstimmung“ im Kreistag bin ich ohne Vorbehalte für direkte Demokratie. Meine Anfragen und Anträge sind Anregungen, die ich von den Bürgerinnen und Bürgern im Rhein-Sieg-Kreis erhalten habe.

Seit Beginn der neuen Kreistagsperiode habe ich aus aktuellen Anlässen folgende Anregungen aufgegriffen:

1. Anfrage zum Erlass von Allgemeinverfügungen der Kreisverwaltung ohne Mitwirkung der Kreistagsgremien (27.10.2020).
2. Antrag zur Zahl und Wahl der Stellvertreter des Landrats - 3 statt 4 (30.10.2020). **Der Antrag wurde abgelehnt.**
3. Antrag auf Befreiung von der Mund/Nasenschutzpflicht während der Sitzungen u.a. wegen verringerter Sauerstoffverfügbarkeit, vermindertem Kohlendioxid-Austausch und erhöhter Herz-/Kreislaufbelastung (30.10.2020). **Der Antrag wurde abgelehnt.**
4. Antrag auf Mitarbeit in Ausschüssen des Kreistages (25.11.2020). **Zustimmung des Kreistages für die Ausschüsse „Soziales und Integration“ und „Inklusion und Gesundheit“ mit beratender Stimme.**
5. Anfrage zu Corona-Impfungen im Rhein-Sieg-Kreis betreffend die Beipackzettel, Nebenwirkungen usw. und Einrichtung eines Testzentrums in einem ehemaligen Autohaus (21.01.2021). **Die Anfrage wurde ausführlich beantwortet, vielen Dank (4 Seiten).**
6. Anfrage zu einem Schreiben der Kollegenkonferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Volkseinstimmung

Ab jetzt... Demokratie durch Volkseinstimmung - Politik für die Menschen

Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit



Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Gründung des V. E. 1971

Ab dem 1. Januar 1971...
Kommunistische Partei Deutschlands
Kommunistischer Bund
Kommunistischer Jugendverband
Kommunistischer Frauenbund

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Volkseinstimmung

Ab jetzt... Demokratie durch Volkseinstimmung - Politik für die Menschen

Städtischer Bildungsausschuss Rhein-Sieg

Die Volkseinstimmung ist ein politisches Programm, das die Interessen aller Bürger in Deutschland zu Wort kommen lässt. Es ist ein Aufruf an die Politik, sich für die Menschen zu öffnen und die Demokratie zu vertiefen.

Rhein-Sieg-Kreis betreffend die Kosten der Unterkunft (21.01.2021). Die Antwort konnte sicher zur Klärung beitragen.

7. Anfrage zu Arbeitslose im Rechtskreis SGB II, erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II-Bezug (Hartz IV), jeweils mit den Zahlen für Jugendliche unter 25 Jahren und zur konjunkturellen Kurzarbeit in den 19 Städten und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises und insgesamt im Rhein-Sieg-Kreis (10.02.2021).

Die Medien beschränken sich in der Regel auf die Nennung und Thematisierung der Arbeitslosenzahlen (aktuell im Kreis: 10.782) und übersehen die Anzahl der Menschen in Hartz IV (aktuell im Kreis: 23.141). Mit den 3.773 Personen in konjunktureller Kurzarbeit haben rund 40.000 Menschen im Rhein-Sieg-Kreis keine Arbeit, sind also arbeitslos. Freundliche Umschreibungen und andere statistische Aufbereitungen lösen nicht das Problem.

Die Wirtschaftsförderer in der Kreisverwaltung und in den Rathäusern der 19 Städte und Kommunen des Kreises sollten sich täglich fragen, was sie hier beitragen können:

1. die mittelständischen Betriebe auf die Hilfen des Bundes bzw. des Landes NRW hinweisen,
2. sie bei der Antragstellung zu unterstützen und
3. nachhaken, wenn die Mittel nicht termingerecht fließen.

8. Anfrage zu FFP2- und chirurgischer Masken (26.02.2021). „Was wir da um Mund und Nase ziehen, ist eigentlich Sondermüll“, sagt Prof. Michael Braungart, wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts. Die Antwort wurde ausführlich beantwortet, vielen Dank (4 Seiten).

Bemerkenswert in der Antwort ist der Hinweis auf die Vorgaben des Arbeitsschutzes zur Begrenzung der durchgehenden Tragedauer der FFP2-Masken (75 Minuten mit folgender 30 minütiger Pause).

In der Regel setzt das Gesundheitsamt bei Pflichtaufgaben nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) einfach die jeweils aktuellen Richtlinien des Robert Koch-Instituts um.

9. Direkt zum Haushalt 2021/2022 habe ich meinen Antrag für den Haushalt 2019/2020 wiederholt, den Tafeln des Rhein-Sieg-Kreises für die Müllgebühren einen institutionellen Zuschuss in Höhe 12.000,00 Euro zu bewilligen, den diesmal auch der AWO-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg e.V. und der SKM - Kath. Verein für Soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. eingebracht haben.

Im Ausschuss für „Soziales und Integration“ wurde der beantragte Zuschuss um 2.000,00 Euro gekürzt. Bewilligt wurden aber andere Zuschüsse an diverse soziale Einrichtungen und Vereinigungen in 6-stelliger Größenordnung. Der Finanzausschuss bestätigte die Kürzung für die Tafeln.

832
862 Meine Zustimmung zum Haushalt hier im Kreistag mache ich von der Bewilligung des ungekürzten Zuschusses in Höhe von 12.000,00 Euro für die Tafeln im Rhein-Sieg-Kreis abhängig. In einem Haushalt mit 819 Mio. Euro für die laufenden Aufwendungen in 2021 und 860 Mio. Euro für 2022 sollte die Bewilligung eines ungekürzten institutionellen Zuschusses für die Tafeln im Rhein-Sieg-Kreis drin sein. Enthaltung!

Dem Stellenplan stimme ich gern zu, u.a. auch weil meine Anfragen von der Verwaltung sehr ausführlich beantwortet wurden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Dr. Helmut Fleck
Kreistagsabgeordneter
-Volksabstimmung-

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen
Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Christian Müller

Betreff: UK NRW: Lüften - Luftreiniger vs. Stoßlüften von Klassenräumen?

Feed: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen: Pressemeldungen
Bereitgestellt am: Dienstag, 9. März 2021 13:34
Autor: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen: Pressemeldungen
Betreff: Lüften - Luftreiniger vs. Stoßlüften von Klassenräumen?

Sauerstoffgehalt und Temperatur sind wichtige Faktoren für ein gutes gesundes Lernen.

Diese Faktoren müssen auch in Bezug auf den Umgang mit der Corona-Pandemie eine vernünftige und abgewogene Berücksichtigung finden.

Um Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte vor zu viel Kohlendioxid (CO₂) sowie und einer möglichen Erkrankung an Covid-19 zu schützen, müssen entsprechende wirksame Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

In der Presse wird immer häufiger über die Wirksamkeit von sog. Luftreinigern berichtet, mit deren Hilfe die Virenbelastung von SARS-CoV-2 angeblich deutlich reduziert werden kann.

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung hat sich bereits anlässlich des ersten Lockdowns mit der Frage der Wirksamkeit von Luftreinigern befasst.

Luftreiniger können eine ergänzende präventive Infektionsschutzmaßnahme sein. Sie können aber die notwendige Frischluftzufuhr durch Lüften über Fenster oder raumluftechnische Anlagen nicht ersetzen. Sie bieten auch keinen Schutz vor einer möglichen Tröpfcheninfektion mit SARS-CoV-2 im Nahbereich. Daher müssen weiterhin die AHA-Regeln (Abstand halten, Hygienemaßnahmen beachten, Masken tragen) eingehalten werden. Ebenso können sie die Raumluft nicht von Kohlendioxid reinigen, das beim Ausatmen in die Raumluft abgegeben wird.

Luftreiniger bedürfen eines sachgerechten Einsatzes unter Berücksichtigung der herstellereigenen Angaben. Dabei sind verschiedene Randbedingungen zu beachten. Insbesondere ist die Dimensionierung und Positionierung im Raum sowie die Berücksichtigung von thermischen oder stofflichen Lasten im betreffenden Raum zu nennen. Nicht außer Acht gelassen werden sollte eine mögliche Lärmbelastung beim Betrieb und der notwendige regelmäßige Wartungsbedarf einschließlich des Filterwechsels unter Beachtung der notwendigen Arbeitsschutzmaßnahmen.

Bei der Entscheidung, ob Luftreiniger eingesetzt werden sollen, sind folgende Überlegungen hilfreich:

- Luftreiniger können die regelmäßige (Fenster-)Lüftung - alle 20 min für 3 bis 10 min, je nach Wetterlage – grundsätzlich nicht ersetzen.
- Die Einhaltung der Anforderungen an die Reinigungsleistung ist in der Praxis nicht immer gewährleistet, da die Prüfung der Luftreiniger unter Laborbedingungen erfolgt. Insbesondere ist sicherzustellen, dass eine möglichst freie Anströmung der Zuluft gewährleistet wird, um die Funktionalität nicht einzuschränken.
- Der mit dem Betrieb der Luftreiniger einhergehende Lärm (Schalldruckpegel) sollte den Unterricht nicht nennenswert stören. Die Kommission Innenraumluftthygiene beim Umweltbundesamt (IRK).

empfiehlt, einen Schalldruckpegel von 40 dB (A) nicht zu überschreiten, da ab diesen Wert Lern- und Konzentrationsstörungen möglich sind.

- Die Aufstellung benötigt ausreichend Platz im Klassenraum. Je nach Raumgröße können auch zwei oder mehr Geräte erforderlich sein.
- Bei Luftreinigern, die mit UV-C – Licht arbeiten, ist noch nicht abschließend geklärt, wie lang die „Beleuchtungsstrecke“ sein muss, damit SARS-CoV-2-Viren sicher beseitigt werden.
- Bei Luftreinigern, die mit Ozon arbeiten, gibt es bislang keine Erfahrungen zur Raumbelastung mit Ozon oder dessen Abbauprodukten. Daher sollen diese Geräte möglichst nicht eingesetzt werden.
- Bei Luftreinigern, die mit Hochleistungsschwebstofffiltern (sog. HEPA-Filter) ausgestattet sind, müssen die Filter regelmäßig (unter Anwendung geeigneter Arbeitsschutzmaßnahmen) getauscht werden, was laufende (Betriebs-)Kosten verursacht. Eine sachgerechte Entsorgung muss ebenfalls eingeplant werden.
- Luftreinigungsgeräte können die Aerosolkonzentration im Raum senken. Sie bieten aber keinen Schutz bei direkter Exposition z.B. durch Anhusten. Das AHA-Prinzip gilt weiterhin.

Fazit

Aus Sicht der Unfallkasse NRW ist der Einsatz von Luftreinigern nur in begründeten Einzelfällen sinnvoll. Vorrangig sollte ein konsequentes Lüftungsmanagement als geeignetes Mittel zur Reduzierung der CO₂-Konzentration und der Aerosolbelastung in Verbindung mit den AHA-Regeln in der Atemluft eingesetzt werden.

Weiterführende Informationen

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung:

Fachbeitrag der DGUV zu mobilen Raumlufreinigern zum Schutz vor SARS-CoV-2

Deutsche gesetzliche Unfallversicherung:

SARS-CoV-2 – Schutzstandard Schule mit Ergänzungen

Stellungnahme der Kommission Innenraumlufthygiene (IRK) am Umweltbundesamt:

Einsatz mobiler Luftreiniger als Lüftungsunterstützende Maßnahme in Schulen während der SARS-CoV-2 Pandemie

Stellungnahme der Kommission Innenraumlufthygiene am Umweltbundesamt:

Das Risiko einer Übertragung von SARS-CoV-2 in Innenräumen lässt sich durch geeignete Lüftungsmaßnahmen reduzieren

Unfallkasse NRW:

Schutzhinweise für Schulen in der Corona-Pandemie zum Lüften

Unfallkasse NRW:

Gesunde Luft in Schulen

Gesunde Luft in Schulen II

Lüften - Lernen

Schulministerium NRW:

Hinweise und Verhaltensempfehlungen für den Infektionsschutz an Schulen